

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł, monatlich 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 zł, monatlich 5,39 zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 zł, Danzig 8 zł, Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Zeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dg. Wf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postfachkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Sietlin 1847.

Nr. 233.

Bromberg, Dienstag den 11. Oktober 1932.

56. Jahrg.

Roosevelt in Front.

Hoovers Chancen sinken.

(New Yorker Brief.)

Es ist eine alte Sitte in Amerika, einige Wochen vor den Wahlen Probeabstimmungen vorzunehmen. Die Initiative liegt dabei bei den Zeitschriften und Zeitungen. Am maßgebendsten ist dabei die Probeabstimmung der angesehensten parteilosen Zeitschrift „Literary Digest“, die bei früheren Wahlen mit erstaunlicher Sicherheit die Ergebnisse vorwegzunehmen wußte. Diesmal hat die Probeabstimmung von „Literary Digest“ einen überraschenden Sieg des demokratischen Kandidaten Roosevelt ergeben. Es dürfte auch dazu kommen. Wenn sich zwischen Roosevelt und Hoover ein Wettstreit ereignet, dürfte Franklin D. Roosevelt zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt werden.

Die Chancen Hoovers sind im Sinken begriffen. Von Anfang an hat er das Tempo verloren. Roosevelt leitete den Wahlkampf als erster ein; während Hoover noch gemächlich im Weißen Haus saß, war Roosevelt bereits unterwegs. Er verstand es, in engste Fühlungnahme mit den Wählern zu treten, gleich, ob es Farmer, Hafenarbeiter oder Kaufleute waren. Zum ersten Mal in der Geschichte des amerikanischen Wahlkampfes wurde das soziale Moment so betont wie in den Reden Roosevelts. Er spielte den „kleinen Mann“ gegen die finanzielle und industrielle Oligarchie aus. Hoover, ebenso wenig volkstümlich wie vor ihm Coolidge, Hoover, der Mann der Schwerindustrie und der Hochfinanz, geriet stark ins Hintertreffen.

Jetzt sucht er das Versäumte nachzuholen. Er verspricht den Farmern höhere Preise, den Arbeitslosen Arbeitsbeschaffung in Höhe von 200 Millionen Dollar, der Gesamtbevölkerung den Ausgleich des Haushaltsplanes, der bis Ende des Jahres ein Defizit von 2,5 Milliarden Mark erreichen wird. Die Eisenbahngesellschaften fordert er auf, mit dem Bohnabbau zu warten, bis die Wahlen vorüber sind.

Mit all diesen Versprechungen hapert es. Auf diesem Wege wird Hoover nie die Oberhand gewinnen können. Denn er ist heute an der Macht — wer hindert ihn, praktische Maßnahmen zur Behebung der allgemeinen Not und zur Wirtschaftsbelebung schon heute durchzuführen?

Sein demokratischer Gegner versteht es ausgezeichnet, alle Schwächen der Hooverschen Position auszunutzen. Er läßt an Hoover wie an der Politik der republikanischen Partei, die seit Wilsons Sturz am Ruder steht, die schärfste Kritik. Er prangert die Abhängigkeit Hoovers von der Bank- und Börsenwelt an. Er hat es leicht; er braucht nur darauf hinzuweisen, was heute in Amerika passiert.

Das Duell Roosevelt-Hoover nimmt immer mehr einen persönlichen Charakter an. Die Anhänger Hoovers zeichnen sich dabei nicht gerade durch große Mäßigkeit aus; sie suchen Roosevelt mit dem Hinweis auf seine Krankheit (spinale Kinderlähmung) heizukommen. Sie erklären, daß ein Mann, der im Laufe langer Jahre sich nur mit Hilfe von Krücken fortbewegen konnte, außerstande sei, die Bürde der Präsidentschaft — der amerikanischen Präsidentschaft ist zugleich sein eigener Regierungsschiff — zu tragen. Aber um die Gebrechlichkeit Roosevelts dürfte es nicht schlimm bestellt sein. Er hält die Strapazen der Wahlkampagne ausgezeichnet aus. Außerdem hat er als Gouverneur des Staates New York Beweise für seine große Arbeitsfähigkeit geliefert.

Großen Nutzen hat Roosevelt aus seiner Zusammenarbeit mit M. Smith, dem vormaligen demokratischen Kandidaten und früheren Gouverneur des Staates New York, gezogen. M. Smith konnte zwar bei den vorletzten Wahlen Hoover nicht schlagen. Aber in den östlichen Staaten ist er nach wie vor ein volkstümlicher Mann. Geachtet ist er im Westen und Süden, wobei der Umstand, daß er Katholik ist, eine gewichtige Rolle spielte. Jetzt tritt M. Smith in allen bedeutenden Wahlversammlungen des amerikanischen Ostens für Roosevelt ein. Und wenn die Wähler M. Smith sehen, denken sie sich: hätten wir nur den Mann seinerzeit gewählt! Vielleicht wäre es nicht so weit gekommen. . . .

Hoover fühlt, daß er im Wahlkampf der Unterlegene ist. Deshalb sucht er, auf das Wahlergebnis von einer anderen Seite her einzuwirken. Die Wahlbeteiligung in Amerika war nie sehr groß. Sie überstieg selten 60 Prozent. Diesmal dürfte sie viel größer sein. Nun ist Hoover bemüht, das Wahlrecht zu seinen eigenen Gunsten einzuschränken. In vielen Staaten, in denen die Republikaner noch an der Macht sind, ist Sorge dafür getragen, daß das Gros der Regierbevölkerung nicht zur Wahlurne gehen kann. Arbeitslose, die auf Unterstützung angewiesen sind, hüpfen ebenfalls ihr Wahlrecht ein. Überhaupt sollen die Unbemittelten nach Möglichkeit ausgeschaltet werden.

Diese Methoden zeigen am besten die Schwäche der Stellung Hoovers. Es ist fraglich, ob sie ausreichen, um eine Niederlage der Republikaner zu verhindern.

Japans Bündnisangebot an Frankreich.

London, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die englischen Blätter machen die Aufsehen erregende Mitteilung, daß Japan Frankreich ein formelles Bündnis-Angebot gemacht habe, das aber angeblich abgelehnt worden sei.

Rätselraten um die Londoner Konferenz.

Ob die Vier- oder Fünfmächtekonferenz stattfindet und eventuell wo sie stattfindet, sind Fragen, auf die es auch heute noch keine zuverlässige Antwort gibt. Im Londoner Auswärtigen Amt sind zwar sowohl die französischen als auch die deutsche Antwort auf die Einladung Macdonalds eingegangen, die beide im Prinzip zustimmend waren, aber die Zusage Herriots war nach den englischen Meldungen mit soviel Vorbehalten bepackt, daß es zweifelhaft erschien, ob es einen Zweck hätte, die Zusammenkunft stattfinden zu lassen. Die deutsche Antwort, die sich in die Form eines Aide-memoire kleidete, ist nicht veröffentlicht worden; nach offizieller Angabe wird darin u. a. festgestellt, daß als Grundlage der Aussprache die englische und französische Note auf den deutschen Schritt schlecht geeignet seien. Die deutsche Note vermeidet es jedoch, einen pessimistischen Ton anzuschlagen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, die Gründe zu beseitigen, die zu dem Fernbleiben Deutschlands von der Abrüstungskonferenz geführt hätten.

Heute wird versichert, daß die Konferenz gesichert sei, ob diese Angabe morgen noch Geltung haben wird, bleibt dahingestellt. Als Sitz der Konferenz wird heute von London aus Genf oder Lausanne angegeben, was eine Konzeption an Paris bedeutet. Über den Zeitpunkt weiß man noch nichts, dagegen steht fest, daß Macdonald auf Beschleunigung drängt. Der Konferenz soll eine Reise Herriots nach London vorausgehen, die für Mittwoch angekündigt ist. Ob bei dieser Begegnung und einer folgenden zwischen Herriot und Stimson das Schicksal der Konferenz entschieden werden wird, muß man abwarten.

Herriot reist nach London.

Zusammenkunft mit Macdonald und Stimson.

Paris, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In den Unterredungen, die Herriot am Sonnabend abend mit Henderson und dem Botschafter Tyrell gehabt hat, gab der französische Ministerpräsident von seinem Beschluß Kenntnis, zu einer persönlichen Aussprache mit Macdonald nach

London zu reisen. Als Termin dieser Zusammenkunft wird der Mittwoch genannt.

Aus den Unterredungen ging ferner hervor, daß Herriot hinsichtlich der Aussprache über die deutschen Gleichberechtigungsforderungen weiterhin auf seiner Forderung bestünde, daß diese Aussprache nicht in London, sondern in einem Orte der Schweiz stattfinden habe.

*

Paris, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Abwesenheit Herriots von Paris am Sonntag hat es der Presse unmöglich gemacht, nähere Einzelheiten über die beabsichtigte Londoner Reise Herriots zu erlangen. Man nimmt hier an, daß die amtliche Einladung Macdonalds an Herriot zu dem Besuche im Laufe des heutigen Montags eintreffen wird. In französischen Völkerbundkreisen rechnet man außerdem mit der Möglichkeit, daß sich an die Unterredung zwischen Herriot und Macdonald eine Besprechung mit Stimson in London oder Genf anschließen werde. Für diese Besprechung wird die zweite Hälfte dieses Monats in Aussicht genommen. Es wird betont, daß eine derartige Zusammenkunft die Zeit nützlich ausfüllen würde, die die französische Regierung noch bis zur endgültigen Fertigstellung des Abrüstungsvorschlags benötigte.

Der Fenchler Herriot.

Paris, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Während einer Gedenkfeier für die Gefallenen in einer elsässischen Stadt hielt Herriot eine Rede, in der er u. a. der Organisation des Friedens gedachte und betonte, daß Frankreich bereit sei, mit Deutschland an der Wiederaufrichtung des europäischen und des Weltfriedens zu arbeiten. (Natürlich unter der Ägide Frankreichs.)

London zur politischen Lage.

London, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In Londoner Kreisen wird eine Übersicht über die politische Lage gegeben, wonach sich alle beteiligten Mächte grundsätzlich mit der Erörterung der Gleichberechtigungsforderung einverstanden erklärt hätten. Es bedürfe gleichwohl des größten politischen Taktges, um die Besprechungen durchzuführen.

Ein neuer Abrüstungsplan Frankreichs

Frankreich bereitet einen neuen Abrüstungsplan vor, der von dem Kriegsminister Paul-Boncour zur Zeit in Genf ausgearbeitet wird. Bevor er in Genf vorgelegt wird, soll er von dem Obersten Rat für Landesverteidigung begutachtet werden. Die Vorlage in Genf soll Ende Oktober erfolgen. Über den Inhalt weiß die „Voss. Ztg.“ zu berichten:

Wie im französischen Zolltarif soll auch in diesem militärpolitischen Verteidigungsplan gewissermaßen ein Maximaltarif und ein Minimaltarif für die Abrüstung festgelegt werden. Maximale Abrüstung, wenn die anderen Mächte Frankreich die nötigen Sicherheitsgarantien gewähren, minimale Abrüstung, wenn die Sicherheitsfrage nicht zur Zufriedenheit der französischen Regierung gelöst werden kann, das ist die Grundidee des neuen französischen Projekts.

Juristisch wird der französische Plan möglichst eng an den Völkerbundpakt angegeschlossen. Das Bindeglied bildet der Artikel 8 des Pakts, dessen Richtlinien über die Begrenzung der Rüstungen „unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände jedes Staates“ genauer definiert werden sollen. Ein wundervolles Betätigungsfeld für die Juristerei; ein Großkampf um spitzfindige Auslegungen kann nun beginnen. Das französische Abrüstungsprogramm ist zeitlich auf lange Fristen abgesteckt. Moskauer Terminologen können auch den gewiß nicht sowjetverdächtigen Paul-Boncour ein wenig beeinflussen. In zwei „Fünfjahresplänen“ soll die Abrüstung durchgeführt werden. Der Weltfriede im Wege der Abrüstung hat es augenscheinlich nicht eilig.

*

Englische Warnungen an Frankreich.

London, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Führende Londoner Zeitungen, wie die „Times“, sprechen noch sehr vorsichtig von der Möglichkeit eines Besuchs Herriots in London. Das Blatt erklärt aber, daß ein Meinungsaustausch zwischen Herriot und Macdonald nur gut sein könne. Gleichzeitig warnen die „Times“ Frankreich davor, von England die Annahme des neuen französischen Abrüstungsplanes zu erwarten. Der Vorschlag, Flugzeuge und Tanks unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen, sei verfrüht, da der Völkerbund noch nicht stark genug sei. Es wäre ein Fehler, an ihn Aufgaben zu stellen, die über seine Kräfte gehen. England habe den Gedanken einer Vier-Mächte-Konferenz noch nicht endgültig aufgegeben. Das Schicksal dieser Konferenz hänge von dem Ergebnis der Herriot-Macdonald-Aussprache ab. Ohne die Aussicht, daß Deutschland wieder an der Genfer Arbeit teilnehmen könne, würde eine solche Konferenz nutzlos sein, andernfalls aber könnte sie die größten Dienste tun.

Die Grundlage für den europäischen Frieden sei ein allgemeines Einvernehmen, das die Verurteilung der deutschen Gleichberechtigungsforderungen anerkenne.

und gleichzeitig feststelle, daß die Frage der Sicherheit Frankreichs (!) berücksichtigt werden müßte. Eine Rückkehr des Vertrauens und der Wohlfahrt in der Welt bleibe unmöglich, solange die gegenwärtige Spannung zwischen Frankreich und Deutschland jedes Einvernehmen verhindere.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der Möglichkeit des Herriot-Besuches, daß man davon unter den gegenwärtigen Umständen keine greifbaren Ergebnisse erwarten könne. Die halbamtlichen Verlautbarungen in Genf zeigten, daß Herriot von der Einladung Macdonalds keineswegs begeistert sei. Er habe die englischen Minister bereits gewarnt, daß man von ihm keine Erörterung des deutschen Gleichberechtigungs-Anspruches erwarten könne.

Die „Daily Mail“ fordert eine neue Grundlage für die Abrüstungsverhandlungen. Man darf sich nicht mehr zu streng an die Klauseln des Versailler Vertrages halten. Eine große Nation wie Deutschland ständig in Fesseln zu halten sei unmöglich. Deutschland werde sich nicht unvernünftig zeigen, wenn es vernünftig behandelt werde.

„News Chronicle“ erklärt, daß Herriots neuer Abrüstungsplan ein sehr fragwürdiger Beitrag der Befriedung der Welt sei. Ein Plan, der im Geiste des Sicherheitsgedankens abgefaßt sei, stütze sich gerade auf den Grundfaß des Mißtrauens und der Furcht, die die Wurzel aller Rüstungen sei.

Die „Sunday Times“ verlangt, daß schnell gehandelt werde, um den deutschen Ansprüchen, deren moralische Verurteilung von England und Italien voll anerkannt sei, gerecht zu werden. Nur wenn man Deutschland Zugeständnisse mache, lasse sich die Abrüstungskonferenz noch retten, sonst werde Deutschland aufrüsten und niemand könne es daran hindern. Frankreich würde daher wohl beraten sein, sich in das Unvermeidliche zu schicken.

Die deutsche Antwort auf den englischen Konferenzvorschlag, so schreibt die sonst stark in französischem Fahrwasser segelnde „Sunday Review“, werde dazu beitragen, den bisherigen Pessimismus zu zerstreuen. Deutschland habe einen Beweis für seine ehrliche Abrüstung erbracht. Deutschlands bedingungslose Annahme der Einladung zeige, daß es an den endlichen Sieg der gerechten Sache glaube.

Der „Observer“ erklärt in einem Leitartikel, daß eine wirkliche Lösung der Abrüstungsfrage nur nach einer gründlichen Revision des Versailler Vertrages erreicht werden könne, die das einzige Mittel sei, um Europa vor einem neuen Krieg zu bewahren.

Auch die „Morningpost“ stellt in einem Leitartikel die Forderung, daß zunächst die Ursache für die den Frieden bedrohende Gefahr beseitigt werden müsse, ehe man ernstlich an die Abrüstung herangehen könne.

Das Präsidium des europäischen Nationalitätenkongresses beim Präsidenten des Völkerbundes

Wie im vergangenen so wurde auch in diesem Jahre das Präsidium des Europäischen Nationalitätenkongresses, vertreten durch Herrn Präsident Dr. Wilfan (Slowene aus Italien), Herrn Sejmabgeordneten Graebe, Herrn Cortez-Abgeordneten Estelrich (Catalone aus Spanien) und Herrn Generalsekret. Dr. Amende (Deutscher aus Estland), vom irischen Präsidenten des Völkerbundes empfangen. Sie übermittelten ihm die Entschliebung des letzten Nationalitätenkongresses, darunter eine, die alle Vorschläge der Verbesserung des derzeitigen Völkerbundesverfahrens in den Minderheitenfragen behandelt. Sie gaben auch der Bitte Ausdruck, daß die Reorganisation des bestehenden Verfahrens in die Wege geleitet werden möge. In diesem Zusammenhange wurde der überzeugung Ausdruck gegeben, daß gerade die Delegierten des irischen Freistaates Verständnis für die gerechten Ansprüche der Minderheiten haben müßten. Der Ratspräsident versicherte darauf die Vertreter des Nationalitätenkongresses der großen Sympathien, die er für die Rechte der Minderheiten hätte; er erklärte auch, daß er die Vorschläge des Kongresses betreffend die Reorganisation des Verfahrens und den Abschluß einer europäischen Minderheiten-Konvention mit dem größten Interesse studieren würde.

Zur Bildung eines permanenten Ausschusses für Völkerbundsfragen beim europäischen Nationalitätenkongresse entsprechend einem Beschluß des letzten, in Wien abgehaltenen Nationalitätenkongresses, hat sich in Genf sieben ein ständiger Ausschuss des Kongresses konstituiert, dessen Aufgabe es sein soll, auch in der Zeit zwischen den Kongressen zu allen Fragen der Kritik am Verfahren usw. Stellung zu nehmen. Zum Präsidenten des Ausschusses wurde Cortez-Abgeordneter Juan Estelrich aus Barcelona und zum Vizepräsidenten der deutsche Abgeordnete im polnischen Sejm Kurt Graebe und Prof. Balogh, ungarischer Vertreter im rumänischen Senate bestimmt. Der Ausschuss stellt sich zur Aufgabe, nicht nur allen beim Völkerbunde petitionierenden Minderheiten beratend zur Seite zu stehen, sondern auch aktiv für die Verbesserung des Völkerbundesverfahrens wie überhaupt des Minderheitenrechtes einzutreten. Als erstes hatte der Ausschuss sich mit der Anregung Frau Dr. Bakker von Boffes auf Gründung eines privaten Expertenkomitees durch Stellungnahme in Fällen, wo den Minderheiten Unrecht geschähe (gewissermaßen als einer moralischen Autorität für solche Stellungnahme) befaßt. Es wurde beschlossen, die Anregung Frau Dr. Bakker von Boffes von der holländischen Völkerbundliga und Vizepräsidentin der permanenten Minderheitenkommission des Weltverbandes der Völkerbundigen wärmstens zu begrüßen, desgleichen sich Frau Dr. Bakker bei Verwirklichung dieses Gedankens auch seitens des Nationalitätenkongresses zur Verfügung zu stellen.

Paneuropakongress und Minderheiten.

Stellungnahme des Europäischen Nationalitätenkongresses.

Bei der Vorbereitung des gegenwärtig in Basel tagenden Paneuropäischen Kongresses hatte sich Graf Coudenhove-Kalergi an die Leitung des Europäischen Nationalitätenkongresses um Mitarbeit der Minderheiten gewandt. Es ist ihm geantwortet worden, daß die Minderheiten an der Behandlung des Minderheitenrechtes in einer der 19 Kommissionen des Kongresses kein Interesse hätten, es sei denn, daß ein von ihnen bestellter Vertreter im Plenum der Versammlung zur Frage des europäischen Minderheitenproblems und zur bisherigen Tätigkeit der technischen Europäischen Union kritisch Stellung nehmen dürfe. Diesem Wunsche ist nunmehr entsprochen worden und Juan Estelrich hat den Auftrag erhalten, den Standpunkt der Minderheiten dem Kongress gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Juan Estelrich hat in seiner Kritik darauf hingewiesen, daß das ungelöste Minderheitenproblem das wesentlichste Hindernis für eine europäische Verständigung bilde. Es genüge nicht, immer von Paneuropa zu sprechen, sondern es käme darauf an, ernstlich einmal den Mut zu haben, an die Klärung und Beseitigung der tatsächlichen Hemmnisse auf dem Wege zur europäischen Einigung zu gehen. Ein wesentliches Hindernis sei auch das bisherige Verfehlen der Abrüstungskonferenz.

Der Völkerbund in finanziellen Schwierigkeiten.

Während das Publikum, das die vom Völkerbund garantierten Anleihen zeichnete, im letzten Jahre außerordentliche Verluste an diesen Papieren erlitt, ist der Völkerbund selbst nicht einmal in der Lage, die Beiträge von seinen Mitgliedsstaaten hereinbringen zu können. Das letzte Wirtschaftsjahr begann, wie die „T. R.“ schreibt, die Liga der Nationen mit einem Aktium von 944 000 engl. Pfund. Dagegen wurden allein für das neue Völkerbundsgebäude mehr als eine Million Pfund herausgeworfen. Dabei ist das Gebäude erst im Rohbau fertig und wird noch weit mehr Geld verschlingen.

Nur 11 von 65 Mitgliedsstaaten haben ihre Beiträge voll bezahlt. Während England seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, ist Frankreich, der größte Abnehmer des Bundes, mit 36 000 Pfund im Rückstand und Deutschland hat vernünftigerweise noch keinen Pfennig gezahlt. Auch Italien und Japan haben in Genf noch gehörige Schulden. Sämtliche südamerikanischen Staaten sind mit vielen Millionen Goldfrank im Rückstand. Selbst die Schweiz, dann Neuseeland, Australien und Kanada stehen bei dem Generalsekretariat tief in der Kreide. Von den Balkanstaaten, Polen und China gar nicht zu reden.

Wenn sich die Hoffnung nicht erfüllt, daß bis zum Ende des Jahres noch etwas Geld in die Genfer Kassen fließt, sieht sich der Völkerbundapparat vor einer finanziellen Katastrophe. Im ganzen sind bisher wenig mehr als 43 Prozent der fälligen Beitragssummen ausgekommen und man fürchtet, daß ein großer Teil der Debitoren als recht „zweifelhaft“ angesehen werden muß.

Reform des Genfer Sekretariats.

Der Vertreter Deutschlands im Vierer-Ausschuss, Generalsekretär von Rheinbaben, erklärte dieser Tage bei der Aussprache über die Neubildung der hohen politischen Direktion des Völkerbundssekretariats, daß die deutsche Abordnung weiter an den Grundsätzen festhalte, die von dem Grafen Bernstorff in dem Dreizehner-Ausschuss über die Reform der hohen politischen Leitung des Völkerbundssekretariats vertreten worden sind. Wenn, wie es scheint, keine Einigung über das ganze Problem vor der bevorstehenden Wahl eines neuen Generalsekretärs erzielt werden könne, so werde die deutsche Abordnung gegenwärtig für die Aufrechterhaltung des Bestandes stimmen müssen, daß der Generalsekretär und die Untergeneralsekretäre aus Staatsangehörigen der ständigen Ratsmächte gewählt werden.

Die Norwegische Regierung beantragte dagegen die sofortige Abschaffung der drei Untergeneralsekretäre und Festsetzung einer Regel, nach der der Posten des Generalsekretärs und des stellvertretenden Generalsekretärs stets von einer größeren und einer kleineren Macht, nicht jedoch wie bisher von zwei Großmächten besetzt werde. Der Vertreter Italiens gab eine auffallend vorsichtige Erklärung ab, wonach die Italienische Regierung die Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats als ein außerordentlich heikles rein politisches Problem ansehe, das mit größter Vorsicht behandelt werden müsse. Grundsätzliche Umgestaltungen seien im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht empfehlenswert.

Die deutschnationale Parole.

Auftakt zur Reichstagswahl.

Die Deutschnationale Volkspartei hielt Mitte der verflochtenen Woche im Landtagsgebäude eine Reichsführertagung und eine Sitzung des Parteivorstandes ab, auf welcher der Parteiführer Geheimrat Dr. Hugenberg ein programmatische Rede hielt und die Richtlinien für den Wahlkampf der Partei gab.

Hugenberg führte unter anderem aus: Die frühere Entwicklung hat die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den Nationalsozialisten bestätigt. Mit den Deutschnationalen haben die Nationalsozialisten auch lange Zeit unter dem nationalen Banner gefochten. Wenn sie jetzt die Schwelung zum reinen Sozialismus machen, müssen sie daran zerbrechen. Die Mittelparteien haben diese letzten Jahre nicht verstanden und damit ihren Untergang und die Bedeutungslosigkeit des Bürgerturns verschuldet. Die Entwicklung darf nun nicht wieder zurückgehen zum Parlamentarismus. Dem Kabinett Papen gegenüber haben die Deutschnationalen den Standpunkt eingenommen, daß es nach seinen Taten zu beurteilen sei. Dieses Kabinett hat das Verdienst, Preußen vom Marxismus befreit zu haben. Das hindert aber nicht, zu betonen, daß viele unerfüllte Wünsche und mancher Grund zur Besorgnis vorhanden sind. Die politische Konjunktur ist heute ganz anders als 1928. Heute ist es möglich, daß die Krise ein Aufschwung folgt und damit eine Abkehr vom Radikalismus. Die Regierung darf nicht zögern, unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die dringenden Aufgaben in Angriff zu nehmen, die noch unter der Präsidentschaft Hindenburgs gelöst werden müssen: darunter vor allem eine durchgreifende Wirtschaftsreform und die Verfassungsreform, daneben auch die Erneuerung des Beamtenrechts und die Sanierung der Landwirtschaft. Die Sozialisierungspolitik Brünings durch dauernde Subventionen großer Paririele muß schleunigst wieder gutgemacht werden. Neben dieser Entsozialisierung stehen die notwendigen Reformarbeiten auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Es muß ein neuer Mittelstand geschaffen und der alte gestärkt werden. Die Unterstützung des Kurzes der Regierung Papen bedeutet noch keine Blankovollmacht. In dem jetzigen Wahlkampf steht die Deutschnationale Partei als einzige Parteibewegung da, welche die Stürme überstanden hat und in der Lage ist, die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten in einer für die Zukunft der Nation notwendigen Form durchzuführen. Die Deutschnationalen lehnen jede unklare Bindung und jede Verwischung ihrer Ziele ab. Aber sie öffnen die Tore weit für diejenigen, die sich mit ihnen zu gleichen Zielen verbunden fühlen. Wir scheuen den Kampf mit den Nationalsozialisten nicht, der uns aufzwingungen wird.

Geheimrat Dr. Quack sprach über die Wiederherstellung Deutschlands als Ziel der Deutschnationalen. Er führte u. a. aus:

Der kommende Weg ist klar. Die Reichsregierung darf nicht mehr vom Votum der jeweiligen Parteien abhängen. Zum andern kann keine Rede davon sein, daß der Dualismus Reich — Preußen jemals wieder in Erscheinung tritt. Wir wollen einen Aufbau auf den Grundlagen der Steinischen Selbstverwaltung. Das Wesen des Staats, wie er im Volk lebt, ist monarchisch. Die Wiederaufbauarbeit Deutschlands muß ihr letztes und größtes Ziel in der Wiederherstellung des Hohenzollernkaiserturns finden.

Die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zur Sozialpolitik und besonders zu dem sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms behandelte Dr. Erich Schmidt, der u. a. erklärte:

Wir verlangen, daß die der Regierung im zweiten Teil der Verordnung zur Belebung der Wirtschaft gegebene sozialpolitische Vollmacht zu einer wirklichen Sanierung der Sozialversicherung angewandt wird. Den ersten Teil der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit lehnen wir ab. Unserer Sozialauffassung entspricht es, daß diejenigen als Vorbild voranzugehen haben, die durch größere Einkommen hierzu in der Lage sind.

von Mohr (Demmin) sprach zum landwirtschaftlichen Teil des Regierungsprogramms.

Er forderte eine entschlossene Binnenmarktpolitik. Wenn das Aufbauprogramm kein Fehlschlag werden solle, müsse es die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt auf das unerlässliche Maß beschränken. Dazu gehöre in erster Linie, daß die eignen Produktionsquellen, insbesondere die der Landwirtschaft, bis zum letzten ausgenutzt werden. Die bisherigen Kontingente seien nicht ausreichend.

Ungefähr zur gleichen Zeit hielten die Nationalsozialisten in München ihre große dreitägige Reichspropagandatagung unter dem Vorsitz von Gregor Straffer ab. Anwesend sind die gesamte Reichsleitung, die

Landesinspektoren, Gauleiter, Gaupropagandaleiter, die Hauptchriftleitungen sämtlicher nationalsozialistischen Zeitungen sowie deren Verlagsleiter. Am ersten Tage entwickelten Gregor Straffer, Fried, Alfred Rosenberg u. a. die Richtlinien, nach denen der Wahlkampf geführt werden soll. Am zweiten Tage sprach Adolf Hitler. Die Politik der Partei wird sich im kommenden Wahlkampf direkt gegen die Deutschnationalen richten. Sie wird besonders stark den Sozialismus der NSDAP. betonen um in die Arbeiterschaft einzubrechen.

Preußen-Klage vor dem Staatsgerichtshof

Am heutigen Montag beginnen vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig die Verhandlungen, die das frühere preussische Staatsministerium, die preussischen Landtagsfraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie und die Länder Bayern und Baden gegen die Reichsregierung wegen der Abhebung der früheren preussischen Regierung und wegen der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen beantragt haben.

Die früheren preussischen Minister haben sich persönlich der Klage angeschlossen. Der Reichsregierung hat bekanntlich der Staatsgerichtshof in einer einstweiligen Verfügung die Aufrechterhaltung der vom Reichspräsidenten verordneten Maßnahmen bestätigt. Die große Zahl der Vertreter des Reiches und der Gegner des Reiches läßt erwarten, daß sich eine ziemlich langwierige staatsrechtliche Debatte entwickeln wird, deren Dauer man auf mehrere Tage veranschlagt. Ob der Staatsgerichtshof in unmittelbarem Anschluß daran das Urteil bekanntgeben wird, ist zweifelhaft. Das Urteil hat eine sehr große politische Bedeutung; denn mit einer Abweisung der Klage der Gegner des Reiches wird endgültig die Notverordnung des Reichspräsidenten bestätigt, durch die die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen verfügt worden ist.

Über die Frage des Verfahrens für die Durchführung der Klage hat vor einiger Zeit eine Besprechung mit dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes stattgefunden. Dabei hat der Vorsitzende zur Sprache gebracht, daß die Frage, ob das Land Preußen seine Pflicht im Sinne des Artikels 48 Abs. 1 verletzt habe, nach den bisherigen Umständen unter Umständen unentschieden bleiben könne. Der Vertreter der Preussischen Staatsregierung hat darauf bereits erwidert, daß die Antragsteller auf die Entscheidung dieser Frage besonderes Gewicht legen, weil durch die Erklärung der Reichsregierung in dieser Frage die Ehre des Landes Preußen und die Ehre der Vertreter Preußens aufs Schwerste angegriffen worden sei. Nach dieser Besprechung ist es, wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, nicht ausgeschlossen, daß der Staatsgerichtshof jetzt, um klare staatsrechtliche Verhältnisse zu schaffen, eine Entscheidung aus einem Grunde fällt, und dann unter Umständen die Gesamtentscheidung auf einen späteren Zeitpunkt verlagert.

Dadurch, daß die Verordnung auf Artikel 48 Absatz 1 gestützt worden ist, ist das Land Preußen von dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung ohne vorherige Anhörung, also gewissermaßen in contumaciam, einer Pflichtverletzung im Sinne des Artikels 48 Absatz 1 für schuldig erkannt worden. Auf die Nachprüfung dieser Feststellung durch den Staatsgerichtshof haben die Antragsteller Anspruch.

Papen in München.

Reichskanzler v. Papen begibt sich am heutigen Montag nach München. Der Reichskanzler wird in München zwei politische Reden halten. Er wird außerdem bei der bayerischen Staatsregierung einen offiziellen Besuch machen und mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und anderen maßgebenden politischen Persönlichkeiten Bayerns über die wichtige Frage der Verfassungsreform beraten.

Im Reichsinnenministerium sind seit längerer Zeit Vorarbeiten für eine Verfassungsreform im Gange. Die Reichsregierung will, und zwar im Einvernehmen mit den Länderregierungen, etwa Anfang November einen Entwurf für eine Änderung der Reichsverfassung und für eine Reform des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen bekanntgeben. Der Reichskanzler wird sich wahrscheinlich auch noch direkt in der nächsten Zeit mit den anderen Länderregierungen in Verbindung setzen.

Bei der geplanten Verfassungsreform spielt bekanntlich die Frage der Errichtung einer zweiten Kammer, gewissermaßen eines Oberhauses eine wichtige Rolle. Da sich neuerdings auch das Zentrum für die Schaffung einer zweiten Kammer einsetzt, ist die Anhängerschaft für diesen Plan an sich augenscheinlich im Zunehmen begriffen. Ob aber im neuen Reichstag dafür eine parlamentarische Mehrheit vorhanden wäre, ist trotzdem zweifelhaft, da außer den Sozialdemokraten und Kommunisten wahrscheinlich auch die Nationalsozialisten zu den Gegnern eines „Oberhauses“ zählen werden.

Gröfning des Dnjepr-Kraftwerkes.

Moskau, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Am heutigen Montag wird das große Dnjepr-Kraftwerk, das Dnjepr-Stroi, eröffnet. Die Gröfning soll zugleich als propagandistischer Grundstein als großer Erfolg des Fünfjahres-Planes hingestellt werden. In einem Telegramm an den Erbauer feiert Woroschilow als Vorsitzender des Kriegs-Revolutionärs-Ausschusses die Helden der Arbeit, denen sich das Selbstum der Roten Armee zur Seite stellen wolle. Stalin, der eine besondere Einladung zur Gröfning erhielt, hat abgesagt, da er mit Arbeit zu sehr überhäuft sei. In amtlichen Auslassungen zur Gröfning und Inangabe des Werkes wird dieses als der Grundstein des großartigen Palastes des Sozialismus gefeiert. Seine Fertigstellung wird als Beweis der Vorzüge des sozialistischen Systems gegenüber dem kapitalistischen hingestellt, da es gerade zu einer Zeit fertiggestellt worden sei, wo die Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt den Höhepunkt erreicht habe.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 10. Oktober 1932.

Aratau — 2,87, Zawischost + 0,74, Warchau + 0,63, Bioc + 0,31, Thorn + 0,13, Jordan + 0,14, Culm + 0,02, Graudenz + 0,04, Rurzebrat + 0,34, Bielel — 0,42, Dirschau — 0,69, Einlage + 2,28, Schiewenhorst + 2,52.

Eröffnung eines Eisenbahner-Verbandshauses.

Bromberg, 10. Oktober.

Am Sonntag fand in der Thalstraße (Dolina) in dem früheren Offiziers- und späteren Arbeiterkassino die feierliche Eröffnung des Verbandshauses des Eisenbahnerverbandes der Republik Polen, Bezirk Bromberg, statt.

Das Gebäude, das jetzt in den Besitz des obengenannten Verbandes übergegangen ist, ist vollständig neu renoviert und für Vereinszwecke entsprechend eingerichtet. Der Hauptsaal, in dem die Eröffnungsfeier stattfand, war festlich dekoriert. Rechts und links neben der Bühne, die reichen Blumen schmückte, hatten die Büsten von Marx und Lasalle Aufstellung gefunden. Einige Minuten nach 11 Uhr eröffnete der Verbandssekretär des hiesigen Bezirks, Wojewoda, die Feier, der im Namen des Eisenbahnerverbandes die zahlreichen Delegationen, die Gäste und Pressevertreter begrüßte. Danach ergriff der Sejmabgeordnete Matuszewski das Wort. Er gab einen historischen Rückblick über das Gebäude, in dem sich früher das Offiziers- und später das Arbeiterkassino befand, und das jetzt von dem Eisenbahnerverbande aus eigenen Mitteln käuflich erworben wurde. Wie groß die Arbeiterbewegung in Bromberg ist, zeige heute nicht nur die feierliche Eröffnung dieses Hauses, sondern auch der Umstand, daß allein in Bromberg drei sozialistische Abgeordnete zum Sejm gewählt wurden. Nach Matuszewski sprach der Präsident des Hauptverbandes in Warschau, Kurilowicz. In einer längeren Ansprache, die oft durch lauten Beifall unterbrochen wurde, hielt er das Los des Arbeiters den Anwesenden vor Augen. Millionen Hände mühten heute ruhen. Überall, wohin man schaue, sehe man feiernde Fabriken, entlassene Arbeiter. Die Not, das Elend der hungernden Arbeiter, die gerne arbeiten möchten und keine Arbeit finden, vergrößere sich von Tag zu Tag. Oberschlesien, das reiche Land der Kohle und der Erze, gleicht heute einem Friedhof. Mit dem Wunsche, daß dieses Haus eine Schmelze der sozialistischen Gedanken sein möge, schloß der Redner seine Ansprache. Eine ganze Reihe anderer Redner forderten zur Solidarität unter der Arbeiterklasse auf.

Nach den Ansprachen wurden von Kindern und Erwachsenen verschiedene Lieder und Deklamationen zu Gehör gebracht. Besonders starken Beifall fanden die Sprechstühle, durch die einige dramatische Gedichte von Gaymanski meisterhaft vorgetragen wurden. Mit dem Abspielen der Internationale, die stehend angehört wurde, fand der offizielle Teil der Eröffnungsfeier seinen Abschluß.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 10. Oktober.

Regenneigung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wolfiges Wetter mit Regenneigung und wenig veränderten Temperaturen an.

Zwei Tote bei einer Flugzeugkatastrophe

Am Sonnabend gegen 1/6 Uhr stürzte in der Nähe von Alarheim, Kreis Bromberg, ein Flugzeug ab, das vollständig zertrümmert wurde. Die beiden Insassen fanden den Tod.

Über das Unglück erfahren wir folgende Einzelheiten: Am Sonnabend war in Posen der 35jährige Student der Technischen Hochschule in Danzig Heliodor Drygas in Gesellschaft der 20jährigen Angestellten einer Versicherungsgesellschaft in Posen, Maria Urbaniak, mit einem Sportflugzeug des polnischen Aero-Klubs in Danzig P32 5 zu einem Fluge nach Danzig aufgestiegen. In der Nähe von Alarheim bemerkte der Flugzeugführer, daß der Motor ausfiel. Er entschloß sich zu einer Notlandung und stürzte in der Nähe des Bahnwärterhäuschens Nr. 80 zwischen Alarheim und Magtal ab. Die beiden Insassen lebten zwar noch beim Eintreffen des ersten Arztes, waren aber so schwer verletzt, daß bald darauf der Tod eintrat. An die Unfallstelle hat sich eine Kommission begeben. Die Leichen wurden in die Halle an der Schubiner Chaussee gebracht.

Schwerer Autounfall.

Am vergangenen Sonnabend ereignete sich etwa fünf Kilometer vor Murawana-Goslin eine schwere Autokatastrophe, die glücklicherweise einen noch glimpflich zu nennenden Verlauf nahm. In dem genannten Tage befand sich das Auto des Fabrikbesizers Pfefferkorn auf dem Wege von Bromberg nach Posen. Der Wagen wurde von Herrn Carl Pfefferkorn gesteuert, neben dem seine zurzeit zu Besuch hier weilende Schwester, Frau Dr. Heise, Platz genommen hatte. Außerdem befanden sich in dem Wagen der Syndikus des Wirtschaftsverbandes Städtischer Berufe, Herr Schramm, und der Chauffeur Wisniewski. Gegen 9 Uhr plachte einer der Vorderradreifen und der schwere 18/80 Buid-Wagen kam auf der schmalen und stark gewölbten Straße ins Schleudern. Das Auto fuhr mit ungeheurer Geschwindigkeit auf einen Baum auf. Der Baum, der einen Durchmesser von etwa 30 Zentimetern hatte, wurde umgebrochen und das Differenzial verlor sich glücklicherweise an den Wurzeln des Baumes, so daß der Wagen nicht umschlug, sondern stehen blieb. Der Kühler und die Vorderachse wurden total zertrümmert, die Federn der Vorderräder spiralförmig verbogen. Fabrikbesitzer Pfefferkorn erlitt einen Bluterguß am Knie und eine Verstauchung, Frau Dr. Heise trug durch Glasplitter im Gesicht eine starke Schnittwunde davon, außerdem erlitt sie die Verstauchung eines Armes und allgemeine Kontusionen. Herr Schramm kam mit einer leichten Brustkastenquetschung davon, während der Chauffeur Wisniewski Kopfverletzungen erlitten hat.

Kurze Zeit nach dem Unfall trafen Vertreter der Behörden an der Unfallstelle ein. Der Arzt Dr. Krzyzanski aus Murawana nahm sich der Verletzten an und brachte nach der Anlegung von Notverbänden die Insassen des verunglückten Wagens zunächst nach Murawana-Goslin. Mit einem Auto aus Posen sorgte man dann für die Überführung von Frau Dr. Heise und dem Chauffeur Wisniewski nach Bromberg, während die Herren Pfefferkorn und Schramm die Reise nach Posen fortsetzen konnten.

§ Die nächste Stadiverordneten-Sitzung findet am 13. d. M. statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Festsetzung der Kommunal-Abgaben von Patenten für den Verkauf und die Herstellung von alkoholischen Getränken, der Kommunalzuschlag zur Umsatzsteuer u. a. m.

§ Zwei berüchtigte Falschspieler hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichtes zu verantworten. Es sind dies der 35jährige Franz Moskal und der 44jährige Max Spiegel. Die Angeklagten, denen die Angeklageschrift noch außerdem Strafraub vorwirft, hatten das Falschspiel berufsmäßig betrieben. Ihre Arbeitsmethode (zu den beiden gehörten noch verschiedene andere Komplizen) bestand darin, daß sie in Gastwirtschaften Leute, die bereits ein wenig angeheitert waren, zu einem „kleinen Spielchen“ animierten. Es fanden sich gewöhnlich auch immer Dumme, die sich von den beiden Gaunern dazu überreden ließen. Anfangs ließen sie den Betreffenden, der sich mit ihnen auf ein Kartenpiel einließ, kleinere Beträge gewinnen. War ihr Opfer erst einmal von der Spielbeißmethode erfaßt, dauerte es gar nicht lange und sie hatten es bis auf den letzten Groschen ausgeplündert. Ein wohlhabender Landwirt, der hier nach Bromberg kam, um einige Geschäfte zu erledigen, wurde von den beiden Gaunern in eine Gastwirtschaft gelockt. Sie bestellten erst einige Lagen „Czysta“ und schlugen ihm dann ein Spielchen vor. Dieser hatte bereits von solchen Falschspielern gehört und winkte energisch ab. Trotzdem ließ er sich von den beiden überreden und hatte in ganz kurzer Zeit einige hundert Zloty verspielt. Im Mai d. J. suchten sie in der gleichen Weise den jugendlichen Wlodek Redz zu einem Spiel einzuladen. Als dieser jedoch davon nichts wissen wollte, zogen sie ihn später in einen Torbogen und raubten ihm dort mit Gewalt 15 Zloty. Vor Gericht trugen beide den Strafraub, dagegen bekennen sie sich ohne weiteres zu dem Hagarbpiel. Ebenso geben sie an, dem R. die 15 Zloty im Spiel abgenommen zu haben. Dem Angeklagten M. konnte jedoch in der Gerichtsverhandlung der Strafraub, begangen an dem Zeugen R., in vollem Umfange nachgewiesen werden. Das Gericht verurteilte M. zu einem Jahr und einem Monat, S. zu drei Monaten Gefängnis, und beide Angeklagte zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

§ Wegen Dokumentenfälschung hatten sich der 35jährige Landwirt Stanislaw Prill und dessen 65jähriger Vater Wojciech aus dem Kreise Mogilno vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Im vorigen Jahre hatte Stanislaw P. eine Strafe von 11,50 Zloty bezahlt. Vom Kreisamt hatte er hierüber eine Quittung erhalten, die er in der Weise fälschte, daß er durch Wegradieren des Kommas den Betrag in 1150 Zloty verwandelte. Auf der Quittung schrieb er noch hinzu, daß er das Geld für rückständige Steuern an die Landwirtschaftsbank bezahlt habe. Die so gefälschte Quittung übergab der Sohn dem Vater, der sie wiederum dem Gerichtsvollzieher, der bei den Angeklagten Steuern eintreiben wollte, vorlegte. Die Fälschung war jedoch so plump, daß ein jeder sie sofort erkannte. Der Angeklagte P. jun. versucht zuerst durch allerlei Ausreden die Fälschung zu leugnen. Als er jedoch vom Richter ernstlich ermahnt wird, die reine Wahrheit zu sagen, gibt er die Tat zu. Das Gericht verurteilte den Sohn zu vier, den Vater, der bereits vorbestraft ist, zu fünf Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub.

§ Einen Selbstmordversuch unternahm gestern Abend gegen 10 Uhr eine 24 Jahre alte Einwohnerin des Hauses Beethers-Straße (Wielicka) 56, indem sie eine giftige Flüssigkeit zu sich nahm. Sie wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert. Dem Leben droht jedoch keine Gefahr.

§ Feuer brach am Sonntag gegen 11.45 Uhr in dem Hause Elisabethmarkt (Plac Placowski) Nr. 7 aus. Die Feuerwehr stellte einen Rußbrand fest, und konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken.

v. Argonau (Gniwkowo), 9. Oktober. In der letzten Stadiverordneten-Sitzung wurde u. a. beschlossen, Zuschläge zu der Kommunalsteuer für 1932/33 von der staatlichen Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuer in derselben Höhe wie im Vorjahre zu erheben. Von der staatlichen Patentsteuer sollen 25 Prozent zu Kommunalzwecken erhoben werden. Der in der vorletzten Sitzung gefaßte Beschluß, wonach weitere 50 Prozent Zuschläge für das laufende Rechnungsjahr erhoben werden sollen, wurde, da die ganze Bürgerschaft Proteste gegen diesen Beschluß erhoben hat, dahin geändert, daß nur 25 Prozent in Frage kommen sollen.

□ Grone (Koronowo), 8. Oktober. In der Nacht zum 8. d. M. wurden dem Besitzer Maciejewski aus Salno bei Grone zwei Räder von seinem Kutschwagen, den er zur Schmelze in Salno gebracht hatte, gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Kürzlich wurde ein Maurerpolier aus Grone auf seiner Arbeitsstätte in Bischewo tot aufgefunden. Der Tod soll dadurch eingetreten sein, daß der Polier 96prozentigen Spiritus zu sich genommen hat.

ex. Gxin (Kecynia), 8. Oktober. Seltene Exemplare von Futterrüben erntete Mühlenbesitzer Potoniec von hier. Die Rüben erreichten ein Gewicht von 12—16 Pfund im Durchschnitt.

z. Znowroclaw, 7. Oktober. Festgenommene Fahrmarktsdiebe. Der Händler Moszek Szmejer aus Zdobz meldet im hiesigen Polizeikommissariat, daß ihm während des Jahrmarktes in Znin aus der Jackentasche von unbekannten Dieben die ganze Einnahme in Höhe von 480 Zloty entwendet worden ist. Die daraufhin von der Polizei sofort eingeleiteten Recherchen waren von Erfolg gekrönt. Auf dem hiesigen Bahnhof konnten 4 Personen festgenommen werden, die den Diebstahl begangen hatten. Von den gestohlenen 480 Zloty wurden jedoch nur noch einige zehn Zloty vorgefunden. — Vor Gericht hatte sich die 23jährige Wroblewska wegen Diebstahls zu verantworten. Die Angeklagte war aus Kongreßpolen hierhergekommen, um Arbeit zu suchen. Dabei geriet sie auf den gerade abgehaltenen Wochenmarkt und an einen Stand, den seine Besitzerin auf wenige Minuten verlassen hatte. Die W. ließ nun schnell 11 Paar Beinkleider mitgehen, wurde aber bald darauf der Polizei übergeben. Die Angeklagte, die ihre Schuld eingesteht, wird zu 7 Monaten Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist verurteilt. — Am letzten Mittwoch gegen 8 Uhr Abends wurden auf dem Polizeiwachmeister Bogucki, der sich gerade in der ul. Koscielna befand, von einer Person drei Schüsse abgegeben, die

zum Glück fehlgingen. Der Täter flüchtete in der Richtung nach dem Plac Majstorny. Mit Hilfe von Straßenpassanten konnte er jedoch gestellt werden. Es handelt sich um einen 19jährigen Arbeitslosen von hier. Die Waffe wurde bei ihm nicht mehr vorgefunden. Wahrscheinlich hat er sie auf der Flucht fortgeworfen. Eine weitere Untersuchung ist im Gange.

es. Mroczka (Mroczka), 8. Oktober. In dem Fahrradgeschäft von Hinz ereignete sich beim Verkauf von Knallforfen beim Öffnen einer Schachtel eine heftige Explosion. Dabei wurde ein wertvoller großer Glaskasten mit Spiegelglas zertrümmert. Herr Hinz erlitt im Gesicht und an den Händen leichte Verletzungen. Der Schaden beträgt 200 Zloty.

d. Rakel (Raklo), Kreis Wirzib, 7. Oktober. Auf dem heutigen Wochenmarkt zahlte man für ein Pfund Butter 1,60, Eier die Mandel 1,80—2,00. Fette Schweine brachten 40—42 Zloty pro Zentner, Ferkel 25 Zloty das Paar. — In der Nacht zum Mittwoch drangen unbekannte Diebe in den Laden des Materialwarengeschäftes Fedder in Dembowo ein und entführten alle in dem Ladengeschäft befindlichen Lebensmittel, sowie für 200 Zloty Tabak und Zigaretten und das in der Kasse befindliche Bargeld. Von den Tätern fehlt jede Spur. — In derselben Nacht wurde dem Einwohner Reudel in Paulsmühle seine sämtlichen auf der Bleiche befindliche Wäsche gestohlen.

3. Posen (Poznan), 7. Oktober. Der bekannte Posener Frauenarzt Sanitätsrat Dr. Ludwig Kantowicz ist gestern Abend im Alter von 63 Jahren einem Herzschlage erlegen. Er war in vielen Kreisen ohne Unterschied der Nationalität und Konfession als tüchtiger Facharzt geschätzt. Im Weltkrieg war er Chefarzt eines Feldlazarets und wurde zum Generaloberarzt befördert. Auch war er Ritter des Eisernen Kreuzes erster Klasse. — Die verstärkte Strafkammer verurteilte das Dienstmädchen Anna Jarzyska aus Stomowo, Kr. Obornik, wegen Tötung ihres unehelichen Kindes unmittelbar nach der Geburt zu drei Jahren Gefängnis. — Aus Verzweiflung über ihre Ermittlung aus ihrer Wohnung, fr. Hochstr. 18, verübte eine Antela Sobczak Selbstmord, indem sie sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Sie verstarb bei ihrer Überführung in das Stadtkrankenhaus. — In derselben Strafe, im Hause Nr. 54, versuchte sich ein Wladyslaw Kanyjska aus Verzweiflung über seine Arbeitslosigkeit zu vergiften. Er wurde in hoffnungslosem Zustande in das Stadtkrankenhaus gebracht. — In der fr. Bismarck-Allee in Solatsh wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden. — In einer der letzten Nächte statteten Einbrecher dem in der fr. Jagowstraße wohnhaften Damenschneidermeister Schindler einen unerwünschten Besuch ab und stahlen aus der Werkstatt mehrere wertvolle Damenpelze im Gesamtwerte von 5000 Zloty, während in dem Nachbarzimmer der Meister mit seiner Familie schlief. Da die Lehteren aus einer Betäubung erst am frühen Morgen erwachten, ist anzunehmen, daß die Einbrecher sie in einen Betäubungszustand versetzt hatten.

w. Tremessen (Trzemezno), 9. Oktober. Zeichenfund. Auf dem Felde des Landwirts Nowak in Wierau (Wybartowo) fanden Leute bei der Feldarbeit die Leiche eines neugeborenen Kindes. Es gelang, die Mutter des Kindes zu ermitteln; sie wurde verhaftet.

Juristische Rundschau.

Muß die Behörde

den Besitzer vor einer Waldbefestigung verständigen?

Art. 29 der Verordnung des Staatspräsidenten über die Bewirtschaftung nichtstaatlicher Wälder vom 24. Juni 1927 schreibt der Behörde vor, daß vor behördlichen Befestigungen und Kontrollen an Ort und Stelle der Waldeigentümer zu verständigen sei. Dieser Artikel läßt sich verschieden auslegen, weil seine Bestimmung nicht präzise ist. Es fragt sich nämlich, ob sich diese Verständigungspflicht der Behörde auf alle Fälle erstreckt, in denen die Behörde an Ort und Stelle Befestigungen vorzunehmen hat. Nach Formulierung und Gliederung dieses Artikels im Verhältnis zu den umstehenden ist die Annahme, daß er sich auf alle Fälle bezieht, nicht unbegründet. In den Ausführungen einer Klage aber, die ein Waldbesitzer, von eben dieser Annahme ausgehend, beim Oberverwaltungsgericht eingereicht hat, weil die Behörde ihn nicht von der bevorstehenden Befestigung eines Waldes verständigt hatte, weshalb er nicht dabei sein konnte, hat das Oberste Verwaltungsgericht folgenden Rechtsgrundsatz aufgestellt: „Die Vorschrift des Art. 29 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. Juni 1927 (Dz. Ust. Pos. 504) bezieht sich auf Untersuchungen an Ort und Stelle (badania na granice) in den Fällen, welche im Art. 28 der Verordnung genannt sind, bezieht sich aber nicht auf diejenigen Amtshandlungen, von denen in Art. 27 dieser Verordnung die Rede ist.“ (Entscheidung vom 29. 9. 1932 Reg.-Nr. 9084/30.)

Zu den Fällen des Art. 28 gehören: Entscheidungen und Verfügungen in 1. Instanz in Fällen:

- a) von Servituteneinfassungen,
- b) von Änderungen in der Art der Waldbnutzung (zmiana rodzaju uzytkowania),
- c) der Befestigung des Waldbwirtschaftsplans,
- d) der Anwendung von Schutzmitteln gegen schädliche Waldbinsekten,
- e) in denen ein Wald als geschützt (ochronny) nach Art. 19 Punkt a), b), c) und e) zu gelten hat, oder in denen ihm dieser Charakter genommen werden soll,
- f) der Anwendung besonderer Bestimmungen über die Bewirtschaftung geschützter Wälder.

Alle anderen Fälle, die unter Art. 27 gedacht sind, gestatten der Behörde den Eintritt in den Wald und die Forderung der Vorlage nötiger Dokumente ohne jeden Vorbehalt.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Septe; für Anzeigen und Ankündigungen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & S. o. v., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 233

Bromberg, Dienstag den 11. Oktober 1932.

Pommerellen.

10. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

× **Vorsicht vor unbekannten „Hilfsbereiten“.** Daß man in der Wahl von gefälligen Leuten sehr achtsam sein muß, erfährt zu seinem Schaden ein Landwirt aus Szarpanien (Szarpani), Kreis Graudenz. Er hatte etwas auf dem hiesigen Postamt zu erledigen. Da das Amt zu der Zeit bereits geschlossen war, fand er es recht nett, daß ein dort weilender sich erbot, die Beförderung trotz des Schalter-schlusses für ihn vornehmen zu wollen, wozu er (der Unbekannte) sehr gut in der Lage wäre. Vertrauensvoll über-gab ihm der Mann aus Szarpanien den Betrag von 100 Zł., womit der liebenswürdige Helfer aus der Not zu verschwin-den verstand. Der Betroffene wandte sich nach dieser bitteren Erfahrung an die Polizei, die nun den frechen Dieb greifen soll.

× **Ein ehrlicher Finder.** Bronisław Wardziński aus Schwes (Swiecie) fand hier selbst während des letzten Viehmarktes ein Portemonnaie mit 50 Złoty und einigen Zehnern deutscher Mark. Er lieferte das Gefundene auf dem 2. Polizeikommissariat, Schlachthofstraße (Marutowicza) ab, wo sich der rechtmäßige Eigentümer melden kann.

× **Der letzte Wochenmarkt** wies wieder, guten Besuch auf, auch war der Verkehr recht reger. Butter kostete 1,40 bis 1,60, Eier 1,70—1,80, Weiskäse 0,15—0,40, Weintrauben 1,30—1,80, Birnen 0,40—0,60, Äpfel 0,20—0,50, Pflaumen 0,40—0,50, Tomaten 0,20—0,35, Moosbeeren 0,30, Weißkohl 0,04—0,05, Zentner 3,00, Rotkohl 0,10, Mohrrüben 0,10, Blumenkohl 0,15—0,30, Rosenkohl 0,30, Spinat 0,25—0,30, rote Rüben 0,10, Zwiebeln 0,15, Schnittbohnen 0,30—0,40, weiße Bohnen 0,20—0,25, Kartoffeln Zentner 2,50—3,00, Pfd. 0,04, Gänse Stück 4,00—6,00, Enten 2,00—3,80, alte Hühner 2,50—3,50, junge Hühner 1,20—1,80 das Stück, Tauben Paar 1,00—1,20, Wildenten Stück 1,80—2,00, Rebhühner Stück 1,20. Der Viehmarkt brachte Karpfen zu 1,50, Schleie 1,10—1,20, Hechte 0,90—1,00, Barsche 0,80, Karauschen 0,60—0,80, Plöke 0,35—0,50. An Pilzen gab es Rehfleichen 0,20, Grünklinge 0,15—0,20, Reizker 0,80—1,00, Steinpilze 0,30 und Butter-pilze 0,25. — 6 Bündchen Rind kosteten 0,20, 1 Kuhre Klei-nholz 7,00—9,00. An den Gärtnereien wurden wieder Blumen zu bekannten Preisen viel verkauft.

× **Wegen Gotteslästerung verurteilt.** Die Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts verurteilte am Freitag gegen den Gemeindevorsteher Josef Zdrojewski aus Tannen-rode (Smierkocin) bei Graudenz. Er war angeklagt, gottes-lästerliche Äußerungen getan zu haben. Das Gericht er-kannte den Angeklagten für überführt und verurteilte ihn zu 3½ Monaten Gefängnis. Die Urteilsprechung erfolgte noch nach dem alten Strafgeset. Das neue Strafgesetzbuch sieht für Gotteslästerung erheblich höhere Strafen vor, näm-lich bis zu fünf Jahren Zuchthaus.

× **Selbstmordversuch?** Ins städtische Krankenhaus ge-schafft wurde Sonnabend vormittag eine weibliche Person aus der Zarnecki-Kaserne. Die Frau hatte — ob absichtlich oder versehentlich, war vorerhand nicht zu erfahren — eine giftige Flüssigkeit zu sich genommen. Ihr Befinden läßt keine Gefahr für das Leben befürchten.

× **Am helllichten Tage vom Wagen geraubt.** Freitag mittag fuhr ein Kutscher eines hiesigen Getreidegeschäfts Weizen vom Warengruppen an der Weichsel zur Mühle. Bei der Ankunft wurde das Fehlen eines Sackes dieses Ge-treides festgestellt. Nach Meldung bei der Polizei stellte man Nachforschungen an, und es gelang denn auch bald, als Täter einen in der Hafenstraße (Portowa) wohnenden Ar-beitslosen zu ermitteln. Das Gestohlene gelangte in den Besitz des Eigentümers wieder zurück.

× **Nächtlicher Einbruch in eine Restauration.** In der Nacht zum Donnerstag drangen Diebe mittels einer Leiter vom Hof aus durch ein Fenster in das Restaurant von Otto Tyburtius, Börgenstraße (Gienkiewicza) 2 und stahlen dort 500 Stück Zigaretten, ein Paar Damenschuhe und 80 Zł. Bargeld. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 120 Złoty.

Thorn (Toruń).

Der Haus- und Grundbesitzer-Verein

hatte zu Freitagabend eine außerordentliche General-versammlung einberufen, die im Saale des „Deutschen Heims“ stattfand und sich sehr starken Besuches erfreute. Herr Gerdorf begrüßte die Erschienenen, darunter be-sonders den Verbandsvorsitzenden Ingenieur Schulz-Bromberg und hat diesen, die als erster Punkt auf der Tagesordnung stehende Wahl des Vorstandes zu leiten. Herr Schulz kam dem Wunsche nach und machte die Ver-sammlung mit den Vorschlägen des bisherigen Vorstandes bekannt. Zum 1. Vorsitzenden wurde daraufhin Dachdecker-meister Kraut gewählt. Zum stellvertretenden Vor-sitzenden wurden sodann Kaufmann Reiz, zum Schriftführer Herr Wunsch und zum Kassensführer Herr Borkowski ge-wählt. Die Wahl der Beiräte wurde unter dem Gesicht-spunkt vorgenommen, daß man Vertreter aus allen Stadt-teilen vorsehe, weil diese die größte Möglichkeit haben, des öfteren mit ihren Nachbarn Besprechungen vornehmen zu können. Für die Bromberger Vorstadt wurden gewählt die Herren Jakubowski und Finger, für Wölck die Herren Neumann und Frank, für die Jakobs-vorstadt Herr Stelzer und für die Innenstadt die Herren Köhr, Gehrmann und Frau Dombrowski. Zu Kassensprüfern wurden die Herren Heise, Döhn und Erdmann Lange gewählt.

Synodus Stadtverordneter Runtz referierte sodann über die Arbeitslosen-Steuer von Mietsbeträgen, über die in großen Kreisen immer noch Unklarheit herrscht. Diese Steuer ist von den Mietsbeträgen für alle Lokale (also Wohnungen und Läden usw.) zu bezahlen, mit Ausnahme nur solcher Wohnungen, die aus einem oder zwei Zimmern oder aber aus einem Zimmer mit Küche bestehen, aber erst von der Miete für September ab. Hat z. B. ein Hauswirt die Miete für das 3. Quartal (Juli, August, September) 1932 bereits im Juli im Voraus erhalten, so hat er hiervon nur die auf den Mietsbetrag für September entfallende Steuerquote zu entrichten. Die Miete von Wohnungen, die

aus zwei Zimmern nebst Küche bestehen, ist nicht, wie viel-fach angenommen wurde, steuerfrei, da dies Arbeitslosen-steuergesetz auch die Küche als Stube (izba) rechnet. Es setzt sich hiermit, wie aus der Debatte einwandfrei hervor-ging, in direkten Widerspruch zu dem Artikel 4 des Mieter-schutzgesetzes, das Küchen, Vorräume, Dienstbotengasse usw. nicht als Stuben (izby) ansieht! Zur Sprache kam so-dann noch, daß Dienstwohnungen von der Arbeitslosen-Abgabe frei sind, da der Hauswirt hierfür ja keine Miete einnimmt und infolgedessen auch keine Mietsquittung aus-gestellt wird.

× **Von der Weichsel.** Wasserstand und Wassertemperatur am Sonnabend wiesen gegen den Vortag keine Änderung auf. — Am Freitag trafen aus Warschau ein: Dampfer „Galka“, ferner auf der Fahrt nach Dirschau bzw. Danzig die Dampfer „Mickiewicz“ und „Stanisław“. Aus Dirschau liefen die Dampfer „Barneczap“ und „Warszawa“ den hiesigen Weichselhafen an, um die Reise dann nach der Hauptstadt fortzusetzen. Den gleichen Weg von hier nahmen noch die Dampfer „Francja“ und „Reduta Ordona“.

× **Vergebung.** Der Magistrat Thorn hat die Vergebung von Dachdeckerarbeiten (Neudeckung des Schieferdaches auf dem „Artushof“) öffentlich ausgeschrieben. Offertformulare sind gegen eine Gebühr von 5 Złoty im Technischen und Baubureau, Rathaus Zimmer 44, erhältlich, wofür am 14. Oktober, nachmittags 1 Uhr, die Eröffnung der einge-gangenen Gebote erfolgt. Vorbehalten bleiben freie Wahl unter den Offerten, Zuteilung der Arbeiten an mehrere Offerten oder Nichtberücksichtigung aller Offerten.

× **Der Verein christlicher Kaufleute** hat jetzt seinen Be-richt über den Monat September veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß das Geschäftsleben eine weitere Verschlechterung erfahren hat. In allen Branchen war ein Rückgang der Umsätze zu verzeichnen bei gleichzeitiger Preiserhöhungstendenzen. Nur im Getreide- und Futtermittelgeschäft blieben die Umsätze in normaler Höhe bestehen. Der stärkste Umsatzzugang ist im Kolonialwaren- und Lebensmittelhandel eingetreten, desgleichen im Gastwirts-gewerbe. Als außerordentlich schädigend für die reelle Kaufmannschaft erwies sich wiederum der gewaltige Hausierhandel, in dem jetzt sogar schon Kolonialwaren aufstiegen. — Als Folge der Mindereinnahmen sind teilweise gewaltige Reduktionen der Handlungskosten durchgeführt, die sich besonders in Per-sonalentlassungen und Gehaltsreduzierungen auswirken.

× **Der tägliche Straßenunfall.** In der fr. Wilhelm-strasse (ul. Piastowska) stießen Freitag mittag zwei Auto-mobile und das Fuhrwerk des Landwirts Franciszek Jaroszewski aus Thornisch-Papau (Papowo-Toruńskie) zusammen. J. wurde dabei zu Boden geschleudert und an der linken Körperseite verletzt.

× **Ein eigenartigen Fund** machte Wacław Lubincki im Garten seines Grundstücks an der Sandstraße (ulica Piastowa) 3, nämlich eine Artilleriegranate! Die Militär-behörde hat eine Untersuchung eingeleitet.

× **Diebstahlschrott.** Aus einem Zweiggeschäft der Bacon-Firma Poels & Co. wurden eine eiserne Kasse mit 100 Złoty Bargeld sowie Fleischwaren für etwa 70 Złoty gestohlen. — Einer Lehrerin im Lehrerseminar verschwand ein Mantel im Werte von 250 Złoty. — Dem Kanonier Bernard Szopieraj vom 31. Feldartillerie-Regiment spannte ein „Marder“ das in der Seglerstraße (ulica Zeglarska) unbeaufsichtigt stehengelassene Stahlrohr aus.

× **Festgenommen** wurden je drei männliche und weibliche Personen und eine geisteschwache Person. — Zur An-meldung kamen fünf kleinere Diebstähle, ein Betrug und eine Unterschlagung.

× **Podgorz (bei Thorn), 8. Oktober.** Im Monat Sep-tember gelangten beim hiesigen Standesamt zur An-meldung und Registrierung: 17 eheliche Geburten (12 Knaben und 5 Mädchen), die eheliche Totgeburt eines Knaben sowie die Geburten von 2 unehelichen Knaben. Die Zahl der Todesfälle betrug 14 (8 männliche und 6 weibliche Per-sonen), darunter 3 Personen über 65 Jahre und 7 Kinder im Alter bis zu einem Jahre. Im gleichen Zeitraum wur-den 6 Eheschließungen vollzogen.

Der Dammbau bei Schwes

wurde dieser Tage vom pommerellischen Wojewoden Kir-tiklis in Augenschein genommen. Die Arbeiten an diesem Dammbau sind, wie i. Zt. bereits mitgeteilt, im Frühjahr des Jahres 1931 begonnen worden. Die ganze Länge dieses Deiches, der vom Damm in der Niederung in Dzikki be-ginnt und bei der Schloßruine in Schwes endet, soll sieben Kilometer betragen. An Erdbewegungen sind 535 000 Kubik-meter in Aufschlag gebracht (einschließlich des Querdeiches beim Wege Zurawa Kopa bis Przechowo), während man die Kosten mit 1 680 000 Złoty veranschlagt hat. Im vorigen Jahre ist der schwierigste Abschnitt, in einer Länge von 1 Kilometer, durchgeführt, wobei 600 Meter völlig, sowie der Querdeich hergestellt worden sind. Mit Saison-schluss dieses Jahres werden weitere 1300 Meter fertig sein, so daß bis dahin eine Damfstrecke von 2300 Metern, und zwar auf der am meisten des Schutzdeiches bedürftenden Strecke, aus-geführt sein wird.

Der Dammbau hat für die Schweser Niederung große Bedeutung, weil durch ihn 870 Hektar Acker vor Über-flutungen geschützt werden sollen und damit zugleich vor den so schädlichen Versandungen. 200 Arbeitslose haben die ganze Saison hindurch Beschäftigung gefunden, und über 460 000 Złoty, darunter 340 000 Złoty staatliche Subvention, sind bis jetzt für die Bauarbeiten ausgegeben worden, zum weitaus größten Teile für Arbeitslöhne.

× **Aus dem Kreise Schwes (Swiecie), 8. Oktober.** In Montan (Młotów) wurden kürzlich nachts dem Landwirt Walter Franz drei Bienenstöcke, in Treut (Tryl) dem Lehrer Morzykiewicz sein Geflügel von bisher unbe-kannt gebliebenen Spitzbuben entwendet.

× **Briefen (Wąbrzeźno), 8. Oktober.** Ein großes Schadenfeuer wütete gestern früh gegen 4 Uhr in Uciąż hiesigen Kreises. Es entstand wahrscheinlich infolge eines schadhafte Schornsteins im Wohnhause des Land-wirts Paweł Dudek, das nebst dem Ställe eingestürzt

Bei Fettstich, Sichts und Zunderharndrüse verbessert das natürl-iche „Franz-Josef“-Bitterwasser die Magen- und Darmtätigkeit und fördert nachhaltig die Verdauung. In Apoth. u. Dro. erhältl. (6839)

wurde. Dabei verbrannten auf dem Hausboden etwa 110 Zentner Getreide und verschiedene andere Sachen. Der Schaden beträgt etwa 12 000 Złoty und ist durch Versiche-rung gedeckt. Bei der Hilfeleistung erlitt der Landwirt Maciej Lesniak einen schrecklichen Tod. Er wurde durch eine umstürzende Mauer erschlagen.

× **Enkuse (Chelmza), 8. Oktober.** Die Freiwillige Feuerwehr wurde neulich abends nach der Maschinenfabrik von Gebrüder Lohrke gerufen, in der ein Brand ausge-brochen war. Das Feuer konnte aber noch im Entstehen erstickt werden, so daß die Wehr nicht mehr eingzugreifen brauchte.

× **Konig (Chojnice), 8. Oktober.** Ein folgenschwerer Unglücksfall ereignete sich gestern in Recital. Der 18jährige Fortschülfe Paul Pestka hantierte mit seiner Doppelflinte herum und muß dabei wohl an den Abzug ge-kommen sein, denn plötzlich ging ein Schuß los, der ihm den rechten Daumen abriß und ihm die linke Gesichtshälfte so schwer verletzte, daß er ein Auge und das Ge-hör verlor. Er wurde sofort ins Borromäusstift ein-geliefert, doch ist es fraglich, ob er am Leben erhalten werden kann. — Der Förster Stormann hatte sich vor Gericht zu verantworten, da er angeklagt war, grundlose Beschuldigungen gegen einen gewissen Brzezinski aus Heidemühl ausgetrent zu haben. Die Untersuchung ergab die Haltlosigkeit der Anklage und St. wurde frei-gesprochen.

× **Neustadt (Wejherowo), 8. Oktober.** Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Eier 1,90—2,00, Butter 1,60—2,00, Kartoffeln 2—2,50, Ferkel 12—18 Złoty das Stück. — Der Haus- und Grundbesitzerverein hielt gestern abend eine Plenarsitzung ab. Nach Verlesung des Proto-kolls der letzten Sitzung erstattete der Schriftführer Günter einen eingehenden Bericht über die Sitzung des neuen Zentralverbandsvorstandes in Graudenz. Sodann refe-rierte der Vorsitzende über den Arbeitslosenfonds. — Die Versammlung sprach sich für die Einreichung einer Klage gegen die Besteuerung der Neubauten an einigen Häusern aus. Eine lebhafte Diskussion rief die Kanalisationssteuer hervor, welche auf 90 v. H. festgesetzt worden ist. Die Be-schwerde gegen die zu hohe Begeisterung wurde vom Kreis-ausschuß (Wydział Powiatowy) abgelehnt. Der Vorstand gab die Erklärung ab, daß diese Angelegenheit wie auch die Eingabe um die Enthaltung evtl. Exekution an einen Rechtsanwalt übergeben worden ist, der eine Erledigung im Wege eines Verwaltungsgerichtsverfahrens herbeiführen werde. — Es wurde noch an die den Mitgliedern zur for-tigen Ausfüllung aufgestellten Fragebogen erinnert, und nach Austausch verschiedener Meinungen wurde die Ver-sammlung geschlossen.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Thorn.

Statt Karten.

Richard Hanert
und Frau Lina geb. Krüger

beehren sich ihre Vermählung anzuzeigen und danken
gleichzeitig für erwiesene Aufmerksamkeit.

Toruń, im Oktober 1932.

8203

Verkäuferin

tüchtige, für eleg. Konfekt-Geschäft
Toruń per 1. November gesucht. Genaue
Offert. mit Zeugnisabschrift u. Gehalts-
anpr. W. 8215 an d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Damenmäntel

Kostüme, Kürschner-
arbeiten
fert. sauber und bill. an
W. Szindler, Toruń,
Prosta 2, 1 Tr. r. 7645

Strümpfe

werd. mit
Maschine gestrickt. Frau
Streit, Zeglarska 10, II.
Gute, billige 8083
Privat-Mittage
monatl. 22 Zł., tägl. 80gr.
Wegner, Kopernika 45.

Photo-Alben

Photo-Eden

Belifanol

zum Einkleben von
Photographien 5783

Justus Wallis,

Apierhandlung,
Toruń, Szeroka 34.

Ehrliche, evan-Wirtin

gastliche
42 J. l.ucht Wirtinast.
Dauerstell. m. fl. Verg.
bevorz. Off. u. W. 889an
U.-G. Wallis, Toruń, 8204

Graudenz.

Damenhüte

werden
sauber
umgepreßt nach neuest.
Façon von 2,50—4 Zł.;
auch werden sämtliche
Beltschmuck umgearbeit.
J. Mania, 8105
Plac 23 go iteznia 24.

Wiener Modelle

eingetroffen.
Kostüm-Atelier
F. Weigandt,
Sztolna 8, II l. 8170
Lehrkräfte u. v. sof. gel.

Deutsche Bühne :: Grudziadz e. V.

Donnerstag, den 13. d. Mts., 20 Uhr

im Gemeindehause:

Gesellschafts-Abend

(Nachfeier des Oktoberfestes)

zu dem wir die Mitglieder der Dt. Bühne und
Gemeindehaus-Verwaltung mit Familien ein-
laden. 8188

Der Vorstand.

Arnold Kriedte.

Für Konzerte Gesellschaften u. Tanz-
empfehlen sich 8070
Kapelle R. Jeske, Lipowa 102.

Aus dem alten Konig.

Haac Gottfried Goedde war Anfang des 18. Jahrhunderts Bürgermeister der Stadt Konig. Er hat in einem Buch, das nur noch in ganz vereinzelter Exemplaren zu haben ist, Interessantes über das alte Konig verzeichnet. Wir entnehmen dem Werk heute einiges über die

Schreibweise der Stadt Konig.

Es heißt dort: Unsere Stadt wird von den zahlreichen Geschichtsschreibern verschieden genannt und geschrieben. So Konazja, Chojnicia, Chojnicza, Chojnicze, Chonecia, Conizia. Die deutschen Geschichtsschreiber nennen die Stadt halb Konig, meistens aber Konig. Dieser Name ist der richtige, da das Wort vom lateinischen Conicium abgeleitet wird, also auf deutsch Konig heißen muß. Diese beiden Namen finden sich unter vielen Dekreten und Urkunden. Die lateinische Benennung steht in den meisten Briefen der Könige von Polen. Der erste Brief ist der des Königs Sigismund Augustus zu Krakau den 18. September 1553. Dann in den von den Königen bestätigten Gewerksbriefen und vielen anderen amtlichen Schreiben.

Der Ursprung des Namens Konig beruht auf Vermutungen. In der Hauptsache werden folgende Ansichten vertreten: Die erste besagt, daß die Erbauer des Ortes, als sie einen geeigneten Platz für eine Stadtgründung suchten, in dieser Gegend eine Kuh mit einem Kalbe in dem Rest gefunden haben und von dieser seltsamen Begebenheit der Stadt zum Andenken den Namen Kuh-Rest, Konig, gegeben haben. Andere Gelehrte führen den Namen auf das polnische Wort „Chojna“ zurück — Fichte, weil zur Zeit der Erbauung der Stadt eine große Menge Fichten hier gestanden haben sollen. — Die dritte Ansicht will den Ursprung des Namens auf das polnische Wort „Koniec“ — Ende zurückführen, weil das Gebiet der Gründer der Stadt, der Kreuzherren, sich bis zu unserer Stadt erstreckt haben soll. Alle drei Ansichten sind zweifelhaft und ungewiß, jedoch ist die erste Ansicht die wahrscheinlichste. Es ist gut denkbar, daß eine so merkwürdige Begebenheit, wie der Fund einer Kuh mit Kalb im Rest den Gründern Anlaß zur Namensnennung geben konnte. Damit wäre auch das Koniger Stadtsiegel „Der Kuhkopf mit 4 Sternen“ am besten erklärt. Die andere Ansicht von den Fichten ist kaum haltbar, da nicht allein im Konig, sondern bei fast allen Städten der Pommerellischen Wojewodschaft sich ausgedehnte Wälder mit viel Fichten vorgefunden haben und keiner anderen Stadt ist deswegen ein ähnlicher Name gegeben worden. — Die letzte Ansicht kann deshalb schon nicht stimmen, weil die Kreuzherren lange nach Erbauung der Stadt nach Preußen kamen, um 1310, also etwa 100 Jahre nach Erbauung von Konig. Daß sie erst dann der Stadt einen Namen gegeben haben, ist nicht anzunehmen. Außerdem reichen die Grenzen der Kreuzritterherrschaft nicht nur bis Konig, sondern bis Stolpe. Überhaupt ist bei den angeführten Meinungen zu berücksichtigen, daß die Polen die Stadt nicht erbaut haben, mithin ihr auch keinen Namen geben konnten. Und daß die Kreuzherren als deutsche Ritter den Namen aus der Sprache eines mit ihnen verfeindeten Volkes genommen haben sollten, ist wohl nicht gut anzunehmen.

Wo unsere Stadt eigentlich liegt, bedarf einer näheren Untersuchung, denn auch in dieser Frage sind die Geschichtsschreiber nicht gleicher Meinung. Simon Starowolskius, Johann Friedrich Pfessinger und Philippus Cluverus zählen den Ort als zu Cassuben gehörig. Der letztere macht sie sogar zu der Hauptstadt Cassubens.

Starowolskius' Ansicht ist aber falsch, denn unsere Stadt gehört als älteste und erste zum schlesischen Gebiet und kann deshalb unmöglich zu Cassuben gehören. Auch die Geographienkenntnisse Pfessingers sind sehr lückenhaft. Er macht bei der Einteilung der Wojewodschaften große Fehler, so daß seine Ansicht nicht als maßgebend betrachtet werden kann. Eingehender und sachlicher ist das Zeugnis des Geschichtsschreibers Joannes Micrales, der unsere Stadt mit Danzig und dem ganzen Lande Pommerellen zusammen als zu Pommern gehörig angibt. Konig gehört zu Pommerellen und zu Preußen. Das polnische Preußen wird eingeteilt in das Biskopium Ermland und in die 3 Wojewodschaften Pommern, Pommerellen und Kaskuben. Nun liegt das ganze Pommerellen zwischen 3 Flüssen, nämlich der Persante, Brabe und Weichsel. Konig liegt aber gleich bei dem Flusse, Brabe oder Brasse genannt. Es muß also notwendig zu Pommerellen, ja zu Preußen selbst gehören. Auch in verschiedenen königlichen Briefen wird Konig zu den preussischen Städten gerechnet. In einem Brief an die Schützenbrüderschaft von Johann III., gegeben zu Warschau, den 20. Juni 1681, wird ebenfalls geschrieben, daß die Stadt Konig im Lande Preußen gelegen ist.

Auch über den Zeitpunkt der Gründung der Stadt laufen die Ansichten auseinander. Durch die Kreuzherren sind die ganzen alten Schriften und Chroniken der alten Preußen verbrannt worden, so daß authentisches Material darüber

nicht vorhanden ist. Es ist aber doch unleugbar, daß die Stadt vor der Ankunft der Kreuzherren angelegt und erbaut worden ist. Der Geschichtsschreiber Hartnoch nimmt als Gründungsjahr das Jahr 1209 an. Die Stadt muß aber noch einige Jahre älter sein, da die hiesige Pfarrkirche zu St. Johann bereits im Jahre 1205 angelegt wurde. Es dürfte also die Ansicht die richtige sein, die angibt, daß Konig im Jahre 1203 angelegt worden ist.

Freie Stadt Danzig.

* **Diamantene Hochzeit.** Am Sonnabend beging der in Zoppot lebende Herr Pohlmann-Kahnase mit seiner Gattin das seltene Fest des 60jährigen Ehejubiläums. Herr Pohlmann, ein alter Werderaner, steht im 85., seine Gattin im 80. Lebensjahr.

* **Zusammenstoß.** Kürzlich fuhr der Kaufmann Gottfried Rößler in seinem Kraftwagen IC 27085 von Danzig nach Strippau (Höhe). Auf der Chaussee zwischen Niederhölle und Strippau wollte er ein vor ihm fahrendes Fuhrwerk überholen. Trotz der Signalen bog der Lenker des Fuhrwerks noch ganz kurz vor dem Auto nach der linken Seite, so daß der Wagen von dem Auto angefahren wurde. Bei dem Anprall stürzte der 29 Jahre alte Josef Petruske aus Schöned vom Wagen und erlitt infolge des Sturzes einen Bruch des linken Unterarms, sowie eine Beckenverletzung. R. schaffte den Verunglückten im Auto nach Schöned. — Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Lenker, ebenso wie die anderen Insassen des Fuhrwerks, angetrunken war und nicht auf das hinter ihm kommende Auto geachtet hat.

Der Abschluß der Danziger Hochschultagung.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 9. Oktober 1932.

Gestern Abend ist der 7. deutsche Hochschultag in Danzig zu Ende gegangen. Wie der erste, so galt auch sein letzter Gruß der deutschen Studierenden Jugend. In seiner Botschaft an alle deutschen Studenten weist der 7. deutsche Hochschultag in Danzig zunächst darauf hin, daß die ungeheure Not des deutschen Volkes auch die jungen Studenten vor Aufgaben stelle, die weit über die akademische Facharbeit hinausgehen und naturgemäß das Herz der Jugend besonders belasten. Auch in den Hochschullehrern sei trotz des Untergrundes des Alters der gleiche Wille lebendig, an der Rettung und dem Aufstiege des deutschen Volkes mitzuarbeiten. Parteipolitische Zersetzungen sei unverantwortlich. Aufgabe der deutschen Hochschulen, und damit gemeinsame Aufgabe von Lehrer und Student, sei höchstes Verantwortungsgefühl zu bekunden, die Klarheit des Denkens zu bewahren und einen Weg aufwärts zu suchen. Der Aufruf klingt in folgenden Worten aus:

„Wir hoffen zuversichtlich, daß es gelingen wird, eine Zusammenfassung aller deutschen Studenten zu schaffen, die bereit ist, gemeinsam mit uns ein einheitliches Reich des Geistes und der Tat zu bilden, unabhängig von zersetzendem Parteigeist, aufgebaut auf festem nationalem Willen und eingegliedert in das Ganze der deutschen Volksgemeinschaft.“

Noch einmal wurde betont, daß die Selbstverwaltung der Hochschule nicht etwa eine zufällige und neben anderen Formen mögliche Organisation des Hochschulwesens darstellt, daß sie vielmehr die einzige mögliche, in der Sache, in der Tradition und im deutschen Volkscharakter begründete ist.

Einen breiten Raum in den Erörterungen des Hochschultages nahmen die Probleme des nichtbeamteten Hochschullehrers ein als des akademischen Nachwuchses. Geheimrat Dr. Bumke (München) wettete mit Recht dagegen, daß in den medizinischen Fakultäten viele Habilitationen gar nicht in der Absicht auf eine ordentliche Professur, sondern aus dem Wunsche heraus erfolgen, später mit dem Professortitel die Leitung eines Krankenhauses zu erlangen. Der zunehmenden Vermehrung der medizinischen Nichtordinarien gehe eine Verringerung der Qualität parallel. Der akademische Geist leide darunter. Diese Art Dozenten stehe den wirklich wissenschaftlich eingestellten Kollegen überall im Wege und verstopfe auch die Assistentenstellen. Abschaffung des Professortitels für nicht etatsmäßige außerordentliche Dozenten, Begrenzung und Überprüfung der Vorlesungsurlaubnis und Erschwerung der Habilitationen seien Wege, dem Mißbrauch des akademischen Beirats zu begegnen.

Der Hochschultag schloß sich in diesem letzten Punkt dem Vortragenden an, daß die Habilitationen nicht als Sprungbrett für andere Berufe mißbraucht werden dürften. Im übrigen betonte er aber die Notwendigkeit der Erhaltung

der nichtbeamteten Gruppe von Hochschullehrern zur Gewinnung eines gesicherten Nachwuchses und wünschte ihre materielle Sicherstellung.

Das Posener Tageblatt vor Gericht.

Am Dienstag hatte sich der Redakteur des „Posener Tageblatts“, Erich Jaensch, vor dem Posener Landgericht (Sąd okręgowy) wegen eines Artikels vom 30. Januar 1932 zu verantworten, der sich mit dem Meineidsprozeß gegen den Neutomischeler Bürgermeister Konieczny befaßte. In dem Prozeß war ein freisprechendes Urteil gefällt worden, nachdem elf Zeugen im Laufe der Verhandlung den Bürgermeister schwer belastet hatten. Das „Posener Tageblatt“ war damals beschlagnahmt und der für den Artikel verantwortliche Redakteur Erich Jaensch wegen Verleumdung des Gerichts am 12. April zu einer Geldstrafe in Höhe von 500 Zloty verurteilt worden.

Am 4. Oktober wurde der Prozeß im Posener Landgericht als zweiter Instanz neu verhandelt. Im Sinne des neuen Strafgesetzbuchs fand die Verhandlung vor einem Einzelrichter statt. Der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Dlesky, will den Wahrheitsbeweis für die in dem beanstandeten Artikel aufgeführten Behauptungen erbringen; er beantragt darum die Vernehmung des Staatsanwalts Góraliewicz, der in dem Meineidsprozeß die Anklage vertrat, des Landrichters Resselki, der dem Gericht damals vorgelesen hat, und der elf Zeugen, die in dem Meineidsprozeß den Bürgermeister belastet haben. Der Staatsanwalt Mehning widerspricht diesem Antrage. Auch wenn die in dem Artikel erwähnten Behauptungen mit der Wahrheit übereinstimmen, sei noch in der Form des Prozeßberichts eine Verleumdung des Gerichts enthalten.

In einer glänzenden Verteidigungsrede betont Rechtsanwalt Dr. Dlesky, daß die in dem Artikel erwähnten Tatsachen mit der Wahrheit übereinstimmen und daß, wo eine Kritik gesehen werde, sie sich nur und ausschließlich an den Verteidiger des beschlagenen Bürgermeisters, Dr. Rosner, wende, der mit Argumenten der Minderheitenpolitik gearbeitet habe. Sich dagegen zu wehren, habe der Journalist ein gutes Recht. Der beanstandete Artikel enthalte keinen einzigen Satz, der sich gegen das Gericht wende. Im Gegenteil: der letzte Absatz, der sogar fett gedruckt ist, spricht dem Gericht sogar ein volles und uneingeschränktes Vertrauen aus. Er beantrage darum einen Freispruch.

Staatsanwalt Mehning beantragte demgegenüber die Bestrafung des Angeklagten. Obwohl richtig sei, was der Verteidiger des Angeklagten sage, habe der Artikel doch auf den unbefangenen Durchschnittsleser besonders durch die Überschriften den Eindruck machen müssen, daß sich der Artikel gegen die polnische Rechtsprechung ausspreche.

Nach kurzer Beratung bestätigt der Richter das Urteil der ersten Instanz. Die Gerichtskosten hat der Angeklagte zu tragen.

Gegen das Urteil wird, wie das Blatt ankündigt, Kassation beantragt werden.

Aleine Rundschau.

„Graf Zeppelin“ wieder unterwegs.

Friedrichshafen, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Sonntag Abend zu seinem 8. Südamerika-Flug aufgestiegen.

Piccards Rekord anerkannt.

Basel, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Internationale Luftfahrtverband hat Piccards Welthöhenrekord von 16 101 Meter anerkannt.

In 5½ Stunden Rom—Berlin.

München, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das zmotorige Junkersflugzeug D. 2202, das erst kürzlich den Flug München—Rom in 3½ Stunden zurücklegte, hat einen neuen Rekord aufgestellt. Es legte die Strecke Rom—Berlin in der Zeit von 5½ Stunden zurück. Der Schnellzug braucht für die gleiche Strecke 1½ Tage.

Absturz im Wilden Kaisergebiet.

München, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Im Wilden Kaisergebiet stürzten am Sonntag zwei Touristen tödlich ab, nämlich der 22 Jahre alte Student der Technik Karl Montan aus Salzburg und der 22jährige Lehrer Ludwig Holl aus Offenburg. Der Unfall geschah an der berühmten Fleißbant-Ostwand. Die Leichen wurden geborgen.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundschaftlich auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Dein-Bilderbogen.

Ein Ausstellungs-Brief.

Von J. Blochel, Dipl.-Ing.

Deutsche Luftfahrt-Ausstellung 1932! Durch die Ausstellungshallen am Kaiserdamm in Berlin wagt wieder die Menge der schaulustigen Berliner und Berlin-Besucher: Schauen, Bewundern, Staunen, Lernen, vielleicht Kaufen oder gar Nachmachen. Sehr viel junges Volk sieht man in der Masse. — Vor vier Jahren fand in denselben Hallen als letzte große Schau auf diesem Gebiete die „Fla“, die Internationale Luftfahrt-Ausstellung statt; sie zeigte hauptsächlich die Entwicklung der Luftfahrt nach dem Großflugzeug hin; die jetzige Ausstellung ist fast ausschließlich dem motorlosen und dem Motorleinflugzeug der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft gewidmet.

Fliegende Vögel als Vorbild der Flugmaschine.

Die Vergangenheit der Aviatik geht, so lehrt die Ausstellung, bis zum Flugjaurier und zur Flatterechse zurück. Der Flug von Pflanzen samen, von Insekten und Vögeln demonstriert bildlich und durch natürliches Modell den „Flug in der Natur“. — Auch die Sage — denn von jeher war das Fliegen der Lieblingsraum der Menschen — ist durch Schrift und Bild vertreten. — Eine Darstellung zeigt, wie Goethe mit der Freifrau von Stein im Jahre 1784 einen Ballon montgolfierischer Art aufsteigen läßt. „Ein schöner Anblick“, wie Goethe schreibt, „nur hält sich der Körper nicht lange in der Luft!“ — Das sind nur ein paar Beispiele aus dem Rahmen der Flugschichte. Die Anfänge der Luftfahrt, das Werk von Wright und Lilienthal, sind

zu sehen. Und dann, der Vergangenheit gegenübergestellt, Bilder der Zukunft, die wir utopisch nennen würden, wenn wir nicht gelernt hätten, mit diesem Wort vorsichtiger umzugehen.

Das fliegende Automobil.

Die Vergangenheit der Aviatik geht, so lehrt die Ausstellung, bis zum Flugjaurier und zur Flatterechse zurück. Der Flug von Pflanzen samen, von Insekten und Vögeln demonstriert bildlich und durch natürliches Modell den „Flug in der Natur“. — Auch die Sage — denn von jeher war das Fliegen der Lieblingsraum der Menschen — ist durch Schrift und Bild vertreten. — Eine Darstellung zeigt, wie Goethe mit der Freifrau von Stein im Jahre 1784 einen Ballon montgolfierischer Art aufsteigen läßt. „Ein schöner Anblick“, wie Goethe schreibt, „nur hält sich der Körper nicht lange in der Luft!“ — Das sind nur ein paar Beispiele aus dem Rahmen der Flugschichte. Die Anfänge der Luftfahrt, das Werk von Wright und Lilienthal, sind zu sehen. Und dann, der Vergangenheit gegenübergestellt, Bilder der Zukunft, die wir utopisch nennen würden, wenn wir nicht gelernt hätten, mit diesem Wort vorsichtiger umzugehen.

Das fliegende Automobil.

Ein Fahrzeug, ausgebildet als Dreiradauto mit Schwingachse, mit schnittiger, stromlinienförmiger Karosserie hat über dem Verdeck einen dreiteiligen, klappbaren Windmühlensüßler als Höhenkranz, der das „Automobil“ gegebenenfalls senkrecht starten läßt und in der Luft hält, aber auch, und das ist das Merkwürdige, ihm eine Vorwärtsbewegung erteilt. Vergeblich sucht der Beschauer die Konstruktionsdetails, ohne die man sich kaum ein Flugzeug

vorstellen und denken kann: die Tragflächen und den Propeller. Anstelle der beweglichen Schwanzflossen sind Steuerflächen an den Enden der drei Aufhängungsflügel, die sich durch sinnreiche Anordnung vom Führer aus verstellen lassen und die Flugrichtung beeinflussen. Soll das Fahrzeug zur Fortbewegung auf der Landstraße dienen, so werden die Flügel nach dem Grundsatz der Autogiros auf engstem Raum zusammengelegt und der im Vorderteil der Karosserie eingebaute Motor über ein Getriebe auf die Räder des Fahrwerks geschaltet. Das Steuerrohr dient jetzt als Lenker des Kraftwagens. Eine geräumige Kabine bietet Raum für vier Personen einschließlich Gepäck. Das Flugzeug hat bei 450 Kilogramm Eigengewicht 450 Kilogramm Nutzlast, also 900 Kilogramm Fluggewicht und ist bei einer Höhe von 2,5 Metern nur 6 Meter lang.

Man sieht in Abbildung und Zeichnung eine zweite Lösung dieses Problems, das schon manchen Erfinder beschäftigt, eine Kombination von Kraftwagen und Flugzeug. Dieses „Flugauto“ soll das schnellfliegende Flugzeug dadurch ergänzen, daß man die Strecke zwischen Landungsplatz und Bestimmungsort in derselben Kabine, ohne umzusteigen, auf der Straße zurücklegen kann. Wieder eine Karosserie in Stromlinienform mit zwei Motoren, von denen der schwächere zum Antrieb des Kraftwagens dient, der stärkere mit dem Propeller gekuppelt ist. Durch einen leichten Handgriff lassen sich beide Tragflächen abmontieren und auf dem Verdeck verheben.

Das Wochenend-Amphibium.

In absehbarer Zeit wird man mit größerer Sicherheit und Schnelligkeit Wochenendflüge von Land zu Land, von Erdteil zu Erdteil ausführen können. Das gezeigte Wochenendflugzeug der Zukunft kann nicht nur auf dem Lande,

Siedlung und Dfthilfe.

In einer Rede auf dem Breslauer Verbands- tag des Provinzialverbandes der niederschlesischen Raiffeisen-Genossenschaften erklärte Reichs Ernährungs- minister Freiherr von Braun, daß die unbedingte Voraussetzung für jede vernünftige Siedlung immer sei: die Rentabilität der Landwirtschaft. Fehle diese Voraussetzung, so gäbe man den Siedlern Steine statt Brot. Wir brauchen den Bauer aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Der zähe, an seiner Scholle hängende Bauer sei als Bollwerk nicht zu entbehren. Die Reichsregierung sei sich dieser Verantwortung „voll bewußt“ und habe deshalb, wie bekannt, über die im Rahmen des Reichsetats aus- geworfenen 50 Millionen hinaus weitere 50 Millionen für Siedlungszwecke bereitgestellt.

Der Minister verglich sodann die Siedlungstätigkeit der letzten Zeit mit dem Umfang der Siedlung im letzten Jahre, und glaubte feststellen zu können, daß das Siedlungsergebnis bis zum 30. September keinen Rückschritt, sondern eine Beschleunigung der Siedlung gebracht habe. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1932 wurden 35 000 Hektar für die Siedlung bestimmten Landes angekauft und auf ihnen 3575 Siedlerstellen geschaffen, vom 1. Juni bis 30. September sind 29 400 Hektar angekauft mit 2665 Stellen. Nur ein Fünftel dieser Fläche, etwa 2700 Hektar, entfiel auf Anliegersiedlungen.

Der Reichsregierung liege aber nicht nur die Weiterführung des Siedlungswerkes am Herzen, sondern auch die Sorge für die in der Vergangenheit seit der Inflation angelegten Siedler. Die Reichsregierung habe deshalb in Aussicht genommen, die Jahresleistungen der Siedler ab 1. Juli für die nächsten zwei Jahre von 5 auf 3½ v. H. zu ermäßigen. Der Minister betonte hierbei ausdrücklich, daß es sich hier nur um eine vorübergehende Maßnahme handele.

Die Entwicklung der Dfthilfe habe keinen allgemein befriedigenden Verlauf genommen. Der Bank für Industrieobligationen werde es aber hoffentlich im Zusammenhang mit den Landstellen gestingen, das Verfahren so stark zu beschleunigen, „daß dadurch autoritäre Eingriffe der Reichsregierung überflüssig werden“. Die Bepflanzung mit den Führern der Industrie gebe die sichere Hoffnung, daß dies gelingen werde.

Der Minister besprach sodann die Maßnahmen, die zu einer Beschleunigung der Entschuldungsver- fahren führen sollen: Die Reichsregierung beabsichtigt, im Zusammenhang mit einer Gesamtfinanzierung der ländlichen Genossenschaften, die Forderungen der Genossenschaften an zu entnehmende Betriebe des Dfthilfegebietes durch eine Pauschalsumme abzulösen. Auf die Einzelheiten des Verfahrens soll hier nicht näher eingegangen werden; es genügt, auf die große Bedeutung dieser Maßnahme zur Beschleunigung der Entschuldungsverfahren hinzuweisen. Es kann nicht davon die Rede sein, daß durch die Gesamtablösung der genossenschaftlichen Forderungen die übrigen Gläubiger der landwirtschaftlichen Betriebe etwa benachteiligt würden; diese Maßnahme wird sich vielmehr im Gegenteil durch Erhöhung der Abfordquote für die nicht genossenschaftlichen Gläubiger günstig auswirken und außerdem auch zu der im Interesse aller Gläubiger dringend erwünschten schnelleren Durchführung der Entschuldungsverfahren beitragen.

Die Reichsregierung beabsichtigt ferner, entsprechend den ständig geäußerten Wünschen der Gläubigerschaft, die baren Entschuldungsmittel wesentlich zu erhöhen. Es hat sich bei der praktischen Durchführung der Dfthilfe Maßnahmen herausgestellt, daß das in der Entschuldungsverordnung vom 6. Februar 1932 festgelegte Verhältnis von bar zu unbar (¼ zu ¾) sich nicht einhalten ließ. Bisher hat sich trotz äußerster Einschränkung die in den Entschuldungsverfahren zur Auszahlung gelangende Barquote auf 25 v. H. gestellt. Eine weitere Erhöhung der baren Entschuldungsmittel bei entsprechender Minderung des Umlaufs an Entschuldungs- briefen ist bis auf 40 v. H. im Reichsdurchschnitt (wobei im Einzelfall ein höherer oder niedrigerer Prozentsatz auf den Gläubiger entfallen kann) in Aussicht genommen.

Endlich wird sich auch die von der Reichsregierung verordnete Zinssenkung in dieser Richtung günstig auswirken. Dadurch, daß im Rahmen der festgesetzten Zinsleistungsgrenze der für die Verzinsung der ersten Stelle zur Verfügung stehende Raum sich durch die neueste Zinssenkungsverordnung um 2 v. H. ermäßigt, ergibt sich die Möglichkeit der Gewährung eines erhöhten Entschuldungsdarlehens seitens der Industriebank und damit zwangsläufig die Möglichkeit höherer Befriedigung der in Betracht kommenden Gläubiger.

Obwohl diese Ermäßigung ja zunächst nur auf zwei Jahre gelten soll, hat die Industriebank auf meine Veran-

lassung sich damit einverstanden erklärt, daß dieser geringere Zinssatz allgemein der Berechnung der Zinsleistungsgrenze zugrunde gelegt wird. Die Ermäßigung der Zinsen der ersten Hypothek wird sich also ebenfalls zugunsten der übrigen Gläubiger auswirken, denen infolgedessen nicht mehr so starke Akkorde wie vorher zugemutet zu werden brauchen, um das Entschuldungsdarlehn in den Rahmen der Zinsleistungsgrenze hineinpresse zu können.

Groener zur deutschen Wehrfrage.

Im Demokratischen Klub zu Berlin sprach Reichswehr- minister a. D. Groener über „aktuelle Wehrfragen“. Der Minister nahm eingehend zu der Abrüstungsdebatte der Reichsregierung Stellung und erklärte, daß der Inhalt der Forderungen der Reichsregierung auch von ihm schon seit langem vertreten worden sei. Deutschland fordere Abrüstung und Gleichberechtigung. Es müsse in die Lage verfeßt werden, seine Grenzen zu verteidigen. Hierfür sei aber nicht allein die Zahl und Art der Waffen, sondern vor allem eine Änderung des Wehrsystems entscheidend. Deutschlands gegenwärtige Reichswehr sei trotz hervorragender Leistungen nicht in der Lage, allen Aufgaben des Landes- und Grenzscheut gerecht zu werden. Notwendig sei eine auf allgemeiner Wehrpflicht beruhende Miliz mit kurzer Ausbildungszeit, insbesondere in den Grenzgebieten, neben die Reichswehr zu schalten. Die Dienstzeit der Reichswehr müsse herabgesetzt werden. Dadurch würden auch genügend Mittel frei, um die Änderung des Wehrsystems ohne wesentliche Mehrkosten herbeizuführen. Diese Forderungen bedeuteten keine Aufrüstung, sondern lediglich die Herstellung der einfachsten Voraussetzungen der Landesverteidigung. Der Minister bekannte sich zu den Gedankengängen von Immanuel Kants „Traktat zum ewigen Frieden“, erklärte aber, daß heute, weit über 100 Jahre nach Kant, mehr denn je eine große Luft zwischen diesen idealen Zielen und den harten Wirklichkeiten kasse. Die Aufgabe, Deutschlands Wehrforderungen durchzuführen, liege bei der Politik. Von der Klugheit der Staatsmänner werde es abhängen, ob sie gelingt.

Der Berg Athos bedroht.

Die historische Mönchsrepublik.

Das griechische Erdbeben hat den heiligen Berg Athos nicht verschont. Einige Kirchen und Klöster sind beschädigt worden, für die anderen besteht Einsturzgefahr, — ein schwerer Schlag für diese eigenartigste Lebensgemein- schaft der Welt.

Athos, die Republik der Mönche, liegt auf der gleichnamigen Halbinsel, die von einem 2000 Meter hohen Berg gekrönt wird. Dort befinden sich

20 Klöster mit 3000 Mönchen und 5000 Laienbrüdern.

Der Mönchsstaat, der im Jahre 1060 gegründet wurde, hat die kleine Ortschaft Karyas zur Residenz. Die Regierung besteht aus 20 Delegierten, je einem von jedem Kloster. Der älteste der Delegierten fungiert zugleich als Präsident. Der hohe Rat tritt dreimal in der Woche zusammen, obwohl die Regierungsgeschäfte die denkbar einfachsten sind.

Schon im 8. Jahrhundert war der Heilige Berg von Einsiedlern bevölkert. Das erste Kloster wurde im Jahre 963 gegründet und bald darauf entstanden die anderen Klöster, die sich zu einer Gemeinschaft vereinigten.

In das Reich der Mönche hat keine Frau Zutritt.

Nicht einmal weibliche Tiere werden geduldet.

Die ganze Halbinsel macht einen eigenartigen Eindruck. Es herrscht überall absolute Stille, die erst recht dadurch betont wird, daß es auf dem Athos

keine Kinder

gibt.

Das Leben der Mönche ist streng asketisch. Ihr Essen besteht hauptsächlich aus Mohrrüben und Käse. Reis und Fisch sind verpönt, vom Fleisch gar nicht zu reden. Die Mönche müssen die ganze Arbeit selbst verrichten. Fast jedes Kloster hat seine eigene Mühle, Schmiede und Tischlerei.

Der Bildungsgrad der Mönche ist recht gering; denn die streng Geformten wollen von Wissenschaft und Kunst, die ja von dieser Welt sind, nichts wissen. Nur einige Klöster sind immer noch Stätten alter hoher Kunsttradition.

Viel Zeit verbringen die Mönche, wie es ja nicht anders sein kann, im Gebet. Die Messe in einer Kirche von Athos macht auf den Fremden einen überwältigenden Eindruck: schimmernde Rucher, mystische Gefänge, dunkle, langbärtige

Mönchsgestalten, die sich unaufhörlich verneigen und in die Knie sinken.

Der Heilige Berg hat seine eigenen uralten Sitten. Jedes Kloster besitzt einen Kirchhof, wo die Mönche in ihren Trachten ohne Sarg begraben werden.

Nach drei Jahren werden die Gebeine ausgegraben.

Der Schädel wird mit dem Verzeichnis des Todesjahres versehen und aufbewahrt.

Neben den Klosterbrüdern gibt es auf dem Athos zahlreiche Anachoreten (Einsiedler). Sie wohnen in einsamen, kaum erreichbaren Höhlen und sind von der Welt vollständig abgeschlossen. Ein Eremit ist besonders dadurch berühmt, daß er

seit 20 Jahren eine unerreichbare Höhle bewohnt, und nur durch einen Brotkorb am Seil vom Meer aus zu versorgen ist.

Der Eremit klettert wie der verwegenste Bergsteiger über Felsen, bei deren Anblick jeder Tourist von Schwindel befallen wird.

Den größten Schatz des Heiligen Berges bilden die Bibliotheken. Sie enthalten

Manuskripte aus der ersten Zeit des Christentums.

Ihr Wert ist nicht auszuschätzen.

Die Mönchsrepublik Athos ist seit Jahrhunderten das Ziel zahlreicher Pilgerfahrten aus sämtlichen Enden und Ecken des christlichen Morgenlandes. Es gibt Pilger, die jahrelang zu Fuß nach dem Athos wandern. Vor dem Kriege waren neben den slawischen Völkern des Balkans die Pilger aus Rußland besonders zahlreich vertreten. Der Zar pflegte die Republik der Mönche mit großen Gaben zu beschenken. Auch reiche Bürger Rußlands vergaßen den Mönchsstaat nicht. Heute wohnen auf dem Athos zahlreiche Flüchtlinge aus aller Welt, die es vorziehen, dort ihr zwar karges, aber doch gesichertes Brot zu essen.

Die Republik Athos wurde im Laufe ihrer mehr als 1000jährigen Geschichte vielen Prüfungen ausgesetzt. Der Heilige Berg wird das Erdbebenunlück überstehen und weiterhin das sein, was er bis jetzt war: ein höchst eigenartiger Staat, dessen sämtliche Bürger, weltab von allem Irdischen nur Gott zu dienen gewillt sind.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 12. Oktober.

Königsruferhausen.

06.35: Von Berlin: Konzert. 09.30—10.00: William Bauer: Beschäftigungssituation für Unbeschäftigte. 11.30: Von München: Reichsfestung. Anst. Volks- und Unterhaltungsmusik (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Jugendstunde. Gerhard Wallmann: Mein Briefwechsel mit einem amerikanischen Jungen. 15.45: Frauenstunde. Renne Grashoff: Rechtsfragen des häuslichen Lebens (II). 16.00: Pädagogischer Funf. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Louis von Kohl: Nordisches Christentum als Wegweiser (I). 18.00: Dr. Mario Krammer, Abba Hennrich: Alt-Berliner Gesellschaftskultur um 1800 (mit musikalischen Beispielen) (II). 18.30: Prof. Dr. Otto Hoersch: Der Weltkrieg 1914 bis April 1915 (Eintritt Italiens in den Krieg). 18.55: Wetter. Anst. Englischer Unterricht. 19.30: Aus der Städtischen Oper, Charlottenburg: „Ariadne“. Romantische Zauberoper in 4 Akten (6 Bildern) frei nach Fouquet. Während der Pause (21.15): Tages- und Sportnachrichten (I). 22.30 ca.: Wetter, Tages- und Sportnachrichten (II). Anst. bis 24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Berlin: Konzert. 08.15 ca.: Funkgymnastik. 11.30: Von München: Reichsfestung. Anst. evtl. Schallplatten. 14.05: Konzert (Fortsetzung). 15.30: Elternstunde. 16.00: Oberschlesische Schürren. 16.30: Aufbewahrung des Winterrobes. 16.30: Lieberstunde. Margarete Gebauer, Sopran. Flügel: Franz Kauf. 17.00: Das Buch des Tages. 17.35: Unterhaltungsmusik. 18.15: Die Kunst der Menschenbehandlung. 18.35: Leibesübungen sind Förderung der Volkskraft. 19.00: Dorfbiologie. Weiteres. Oberschlesisches Funkquartett. 19.30: Wetter für die Landwirtschaft. Anst. Abendmusik. 20.00: Kultur und Wirtschaft. 20.30—23.15: Übertragung von London (England).

Rögnitzberg-Danzig.

06.35—08.15: Konzert (Schallplatten). 11.05: Landfrauenfunk. 11.30: Von München: Reichsfestung. 12.30—14.30: Rögnitzberg: Original-Aufnahmen von Bayreuther Festspielen (Schallplatten). 12.30—14.30: Danzig: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Elternstunde. 16.30: Unterhaltungsfunk. 17.45: Vier Jahrhunderte iber-amerikanischer Kultur. 18.30: Musikalische Zeitbilder. 19.00: Volksgesundheitspflege. 19.35: Wetter. 19.30: Tanzabend. 20.30: Von London (England): Studentenlieder. 21.10: 700 Jahre Ostpreußen. 21.40: Regitation. 22.10: Wetter, Nachrichten, Sport. Anst. bis 24.00: Abendkonzert.

Warschau.

12.45: Schallplatten. 16.25: Schallplatten. 17.00: Trio von Tschakovsky (Schallplatten). 18.00: Leichte Musik. 20.00: Konzert der Dorfkapelle von Adam Stromberg und Kaczynski. 21.05: Schwedische Komponisten. S. Maréon, Violine. Im Klavier: Prof. Urstein. 22.15: Tanzmusik. 23.00: Tanzmusik-Fortsetzung.

fondern auch auf dem Wasser niederlegen. Zwei Schwimmkörper, zu einer eigenartigen, einheitlichen Bootsform zusammengefügt, sollen die Stabilität bei bester Seetüchtigkeit erhöhen. Auf jeder Seite sind ausklappbar zwei Räder mit einem darüberlaufenden Raupenband aus Gummiwalze. Auch der hohen Geschwindigkeit, die zur Überbrückung größter Strecken erforderlich ist, wird Rechnung getragen, da man das Flugzeug schwanzlos ausbildete und mit einer Startrakete ausrüstete. Man braucht nicht Jules Verne zu sein, um sich in seiner Phantasie durch den Anblick dieser künftigen Verkehrsmittel Zukunftsbilder auszumalen: Aufsteigende und landende Raketenflugzeuge, Großstädte mit Hochhäusern, auf ihnen Plattformen und Anfermaste zum Landen für Flugzeuge und Luftschiffe.

Was dir dein Flugzeug selbst!

Schon am ersten Tage sah man viel sportbegeisterte Jugend unter den Besuchern der Ausstellung. Sie kommt auf ihre Kosten. Staunend bewundern die Jungen die lange Reihe selbstgebauter Segelflugzeuge, welche die Fachschulen aus den gesamten deutschen Gauen zur Schau stellen. Aber noch packender interessiert, auch uns Große, die Ballonfeste. Eine kleine Werkstatt ist aufgebaut. Junge Burschen, eingegliedert aus allen Teilen des Handwerks, bauen ein richtiges Segelflugzeug zusammen. Da möchte wohl mancher von den jungen Zuschauern gerne mitmachen! Ein 30 PS-Sternmotor zeigt, wie Lust und Liebe zum Fach mit wenigen Mitteln etwas schafft. Für den, der es sich leisten kann, gibt es Flugzeugbaukasten. Alle komplizierten, hochbeanspruchten und lebenswichtigen Teile lassen sich fertig beziehen, während man das noch Fehlende, was zu einer Maschine gehört, sich selbst zusammenbasteln kann. Do X im Maßstabe

1 : 50, die Werkarbeit eines Abiturienten, ist eine „kleine“ technische Leistung. In den Motorkabinen selbstgebaute Elektromotoren (das Laufen von Verbrennungsmotoren ist in den Ausstellungshallen nicht gestattet), von etwa 3 x 3 x 2 Zentimetern in den Dimensionen, sie treiben nach Einschaltung einer Taschenlampenbatterie je ein Propellerchen an.

Abteilung Industrie.

Die Industrie, die seit Ende Oktober 1928, als sich die Tore der „Ila“ schlossen, nicht die Gelegenheit hatte, ihre Erzeugnisse der Öffentlichkeit im Großen vorzuführen, begrüßt es ganz besonders, ihre Neuerungen, wenn dies auch nur auf dem Teilgebiet des Klein- und Sportflugzeuges möglich ist, im Rahmen der „Ila“ zu zeigen. Jede-Wulf bringt unter anderem das erste in Deutschland gebaute Autogro, Dornier als beachtenswerte Neukonstruktion ein Ganzmetallampfibium, Fieseler ein zweimotoriges schwanzloses Flugzeug. Würdig sind auch in der großen Halle außer anderen die weltbekannten Firmen Heinkel, Heilmann, Junkers, Meißerschmidt und Rohrbach mit ihren neuesten Schöpfungen vertreten.

Einer der vielen Hauptanziehungspunkte, umringt von einer großen Zahl Schaulustiger:

Ells Weinhorst Maschine,

mit der sie beinahe 50 000 Kilometer zurücklegte, ohne einen Schaden an Zelle oder Motor zu haben, ein herrlicher Beweis deutscher Dualitätsarbeit. Welt mehr als die technischen Einzelheiten dieses Flugzeuges ziehen das neugierige Publikum die unzähligen Autogramme an, die Rumpf und Tragflächen fast schwarz erscheinen lassen. Da steht man und

versucht die Hieroglyphen zu entziffern, die in allen Sprachen und Schriften dahingekritzelt sind, von der vornehmen Hand des Maharadscha von Nepal bis zu der des Abkömmlings eines Auslandsdeutschen, der mit unbeholfenen Buchstaben schrieb: „Auf Wiedersehen!“

Ferner sieht man eine Nachbildung der Augsburger Ballonfabrik:

Piccards Stratosphärenballon

in Originalgröße. Die kugelförmige Gondel, an Seilen hängend, im Modell freilich nur aus Holz, ist halb weiß, halb schwarz, um den Einfluß der Strahlungen regulieren zu können. Man sieht dies mit dem Namen seines Führers weltberühmt gewordene Luftfahrzeug so nahe vor sich, daß man sich zum Einsteigen eingeladen glaubt, um mit Piccard einen kleinen Ausflug in die Stratosphäre zu machen. Im Geiste schwebt man schon 16 000 Meter hoch, losgelöst von der Mutter Erde.

Auch Werbung in der Luft.

Auch praktisch führt uns die „Ila“ die Geheimnisse des Luftfahrwesens vor. Montgolfieren steigen vom Freigelände auf und Gasballons. An den Straßenecken der großen Stadt stehen die Menschen und starren zum Himmel: Ein Segelflieger im Schleppe eines Motorsflugzeuges. Der „Ila“-Flugtag am Sonntag-Nachmittag auf dem Tempelhofer Feld war die größte deutsche Flugveranstaltung und zog die Massen des Volkes an. Die hohe Schule des Geschwader-Exerzierens konnte man bewundern: fast senkrechte Steilflüge mit Überholungen und Trudeln; sechs gleichzeitige Fallschirmsprünge; am spannendsten war der Abschluß des Flugtages: ein Bombenangriff von etwa 90 Flugzeugen auf ein künstlich vernebeltes Industriegelände.

Eine Messe für Gerste in Posen.

In polnische Landwirtschafts- und Exportkreisen mißt man der Posen-er Sonder-Messe eine besondere Bedeutung bei. Man geht dabei von der Annahme aus, daß die Gersten-Ausfuhr und die Nachfrage nach Gerste seit dem Jahre 1929 ständig im Wachsen begriffen sind, während alle anderen Getreidearten mit schweren Absatzjorgen zu kämpfen haben. Während im Jahre 1929 die Gersten-Produktion Polens 15,2 Millionen Quintale betrug, belief sich die Produktion im Jahre 1930 auf 16,6 Millionen Quintale. Ein großer Teil der polnischen Gerste ging nach dem Auslande. Man hofft durch die Posen-er Sonder-Messen, die in regelmäßigen Abständen veranstaltet werden sollen, auf der einen Seite die Produktion der polnischen Gerste qualitativ zu heben, daß sie den Wettbewerb mit dem Auslande nicht zu fürchten braucht, auf der anderen Seite soll der verhältnismäßig unregelmäßige Handelsverkehr mit diesem landwirtschaftlichen Produkte eine straffere Organisation erhalten.

In der zweiten und dritten Septemberwoche trat eine vorübergehende Kursschwächung der Wertpapiere ein. Der Index betrug in der dritten Septemberwoche 22.

Die Bank von Danzig erweitert ihre Bankthätigkeit

Die Frage der Konvertierung von Staatsanleihen in Polen. Mit dem Problem der Konvertierung staatlicher Anleihen beschäftigt sich in einem Vortragsartikel die „Gazeta Handlowa“; das Blatt stellt im Zusammenhang damit fest, daß die Konvertierung staatlicher Wertpapiere in Polen auf Grund eines stillen Übereinkommens zwischen den inländischen Hauptgläubigern und -Schuldnern bereits durchgeführt worden sei. Dies beziehe sich auf das Verhältnis zwischen Staat und Staatsbanken, wodurch die Schuldentlast des Fiskus gegenüber den Staatsbanken aus dem Titel der Verzinsung seiner Papiere ermäßigt worden sei. Diese halb-offizielle Verständigung ist jedoch — so fährt das Blatt fort — noch keine endgültige Regelung der Frage, da sie nur einen geringen Teil der in Betracht kommenden Staatspapiere umfaßt. Zweifellos sei die Zinsenkung der inneren Staatsanleihen im gegenwärtigen Augenblick sehr brennend; ihre Durchführung würde zu einer organischen Belebung des polnischen Wirtschaftslebens führen..

v. Strasburg (in Brodnica). Zwangsversteigerung des in Zarosie eingetragenen und im Grundbuch Zarosie, Blatt 3, auf den Namen des Landwirts Paul Goerke in Zarosie eingetragenen Grundstücks (11,71,78 Hektar mit Gebäuden) am 7. Dezember 1932, 9 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 40.

Ein verfehlter Wirtschaftsplan. — Die Inkonsequenz der maßgebenden Faktoren.

Die Autorität, die im Ministerium für Industrie und Handel verborgen liegt, ruft den Volkswirt auf den Plan, sich mit der

Man experimentiert wieder einmal. Wir haben schon viele Wirtschaftsexperimente in Polen erlebt. Der Boden der Privatwirtschaft wird immer schmaler. Wir haben viele Zusammenbrüche gesehen. Es hat aber den Anschein, als ob dieses Experiment nicht das letzte sein wird, man hätte sonst aus den primitivsten Erscheinungen der Volkswirtschaftslehre mehr gelernt.

In Holland ist die Regierung den Gerüchten von einer geplanten Einschränkung des Holzimports entschieden entgegengetreten und angesichts der Tatsache, daß die holländische Regierung 10 Millionen Gulden zur Belebung der Bauwirtschaft assignierte, erwartet man in Polen auch eine Belebung des Holzgeschäftes mit Holland. Zu bemerken wäre noch, daß Holland im Gegenzug

Die Bank Wolkfi zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine
89 3/4 Zl., do. kl. Scheine 8,87 3/4 Zl., 1 Pfd. Sterling 30,60 Zl.,
100 Schweizer Franken 171,87 3/4 Zl., 100 franz. Franken 34,92 1/2 Zl.,
100 deutsche Mark 210,00 Zl., 100 Danziger Gulden 173,07 3/4 Zl.,
holl. Krone —, österr. Schilling — Zl.

Pföner Börse vom 8. Oktober. Es notierten: 5proz. Konvert.=
leihe 40 G., 5proz. Obligationen der Stadt Posen 1926 92 +,
proz. Obligationen der Stadt Posen 1927 92 +, 5proz. Dollarbrie-
fe Pföner Landchaft 59,50 G., 6proz. Koggenbriege der Pföner
Landchaft 12,50 +, 4proz. Prämien-Zinsl.-Anleihe 95 G., 5proz.
Kantleihe (Serie I) 37,50 G. Tendenz fester. (G. = Nachfrage,
+ = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Oktober-Vieferung.
Weizenmehl. alt 25,50 G. 60%, Roggenmehl 17,25 G. per 100 kg.
bessere Mehlmärken darüber.

Weizenmehl, alt 25,50 G. 60% Roggenmehl 17,25 G. per 100 kg.
bessere Mehlmärken darüber.

Berliner Produktenbericht vom 8. Oktober. Getreide- und Vellsaaten für 1000 Rg. ab Station in Goldmark: Weizen, märt., 71—76 Rg. 202,50—204,50, Roggen märt., 72—73 Rg. 156,50 bis 158,50, Trauergerste 174,00—184,00, Futter- und Industrieergerste 167,00—173,00, Hafer, märt. 135,00—140,00, Mais —,—.

Nur 100 Kg.: Weizenmehl 25,50—28,75, Roggenmehl 20,25—22,75, Meizenleite 9,40—9,75, Roggenleite 8,40—8,80, Raps —, Bittererbsen 22,00—25,00, kleine Speiseerbsen —, uttererbsen 14,00 bis 17,00, Feulichen —, Niderbohnen —, Widen 17,00—20,00, Lupinen, blaue —, Lupinen, gelbe —, Geradella —, Feinfuchen 10,30—10,50, Trocken — 9,20—9,50, Sene-Extraktions-
 trodt 10,50, Kartoffelfeld —